

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Meine Damen und Herren! Die Fraktion der CDU hat vor Eintritt in die Beratung des Tagesordnungspunktes 4 - Stichwort: Hochschulgesetz - eine Sitzungsunterbrechung gewünscht. Die anderen beiden Fraktionen haben zugestimmt. Wir treten also jetzt in eine Pause von einer halben Stunde ein. Ich unterbreche die Sitzung und bitte Sie, pünktlich um 13.05 Uhr wieder hier zu sein.

(Unterbrechung von 12.34 Uhr bis 13.10 Uhr)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich (HSAG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2599

Beschlußempfehlung und Bericht des
Ausschusses für Wissenschaft und Forschung
Drucksache 10/2954
zweite Lesung

Dazu hat die Fraktion der SPD mit Drucksache 10/2984 einen Änderungsantrag und die Fraktion der CDU mit Drucksache 10/2986 einen Entschließungsantrag vorgelegt: sie werden beide in Beratung und Beschlußfassung einbezogen. Die CDU- und die F.D.P.-Fraktion haben eine dritte Lesung beantragt. Über den Entschließungsantrag wird deswegen erst am Freitag, in dritter Lesung, abgestimmt.

(B)

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Apostel von der Fraktion der SPD das Wort.

Apostel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die erste Lesung des Gesetzentwurfs über Änderungen im Hochschulbereich am 3. Dezember 1987 hat schon die Schwierigkeiten erkennen lassen, die für gestaltende Eingriffe in die gewachsene Interessensphäre und die Rechts-situationen der Hochschulen bestehen.

Die Beratungen im Wissenschaftsausschuß haben diese ersten Eindrücke und Erfahrungen bestätigt. Es war leider nicht möglich, für die notwendigen Entscheidungen breitere Zustimmungen zu erreichen, obwohl es bemerkenswerte Übereinstimmungen in Teilbereichen gab.

Das immer wieder geforderte Gesamtkonzept für alle notwendigen Elemente der Verände-

rung ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, wenn man die Hochschulen an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft beteiligen will. Die Absicht, die Hochschulstruktur in Nordrhein-Westfalen zu ändern und an neue Bedingungen und Aufgabenstellungen anzupassen, will eine vielschichtige und schwierige Situation ordnen und gestalten. Damit ist der Beifall der Betroffenen und Beteiligten nicht zu gewinnen. Ich denke, meine Damen und Herren, das ist Ihnen auch klar. Trotzdem muß man den Versuch machen, möglichst viel Übereinstimmung in der Bewertung zu erreichen.

(C)

Die SPD-Fraktion hat ihre Bemühungen um möglichst weitgehende Übereinstimmungen der Bewertungen bis in den heutigen Morgen fortgesetzt. Als Ergebnis dieser Bemühungen legt sie heute einen Änderungsantrag zur vorliegenden Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vor, den mein Kollege Kniola im einzelnen erläutern wird.

Es war leider auch nicht möglich, für die Beratungen ein nach sinnvollen Kriterien geordnetes, im strengen Sinne widerspruchsfreies Modell für die notwendigen Entscheidungen vorzulegen. Wie immer im Leben und Handeln der Menschen, so mußte auch die komplexe Aufgabe "Änderung der Hochschulstruktur" in Teilaufgaben zerlegt werden. Es kam und kommt darauf an, in sinnvollen, aufeinander bezogenen Teilentscheidungen übersehbare und beherrschbare Beratungskomplexe zu bilden. Bei der ersten Lesung wurde vom Kollegen Kniola schon auf die vier Stufen der Strukturmaßnahmen hingewiesen:

(D)

1. die schon verabschiedeten neuen Hochschulgesetze mit der Neuordnung für die Gebiete Kunst und Musik
2. das heute zur Beratung anstehende Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich
3. die in der Beratung befindliche Verordnung zur Einstellung von Studiengängen an den Hochschulen
4. die mit dem Begriff "Ausdünnung" bezeichneten Maßnahmen zur Verringerung von Parallellehrstühlen.

Meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., über die einzelnen Schritte gibt es hoffentlich keinen Streit mehr. Es ist doch relativ leicht einzusehen, daß diejenigen, die alle Probleme gleichzeitig lösen wollen, entweder ihre Kräfte überschätzen oder den Überblick verloren haben. Deshalb wollen wir heute auch nur über die Punkte des vorlie-

(Apostel (SPD))

- (A) genden Gesetzentwurfs, die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung und den Änderungsantrag der SPD-Fraktion reden.

In ihrem Bemühen um möglichst viel Übereinstimmung hat die SPD-Fraktion eine Arbeitsteilung vorgenommen. Damit nicht die gesamte Beratung unter dem Eindruck der Entscheidung zu Hagen steht, werde ich zu den weniger strittigen Punkten sprechen, und unser Kollege Kniola wird den Komplex Hagen behandeln.

Meine Damen und Herren, der Ausgangspunkt für meine Bemerkungen ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung.

(Der Abgeordnete hält wegen der im Saal herrschenden Unruhe in seinen Ausführungen inne.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Sie haben das Wort, Herr Kollege Apostel.

Apostel (SPD): Ja, ja. Ich wollte nur nicht unnötig stören, Herr Präsident. - Sehr verehrter Herr Kollege Schultz-Tornau, Sie haben damals ausdrücklich anerkannt, daß Strukturentscheidungen notwendig sind; aber Sie haben gleichzeitig beklagt,

(Zustimmung des Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (B) daß Sie keine Antworten auf die Fragen wüßten, worauf das Ganze eigentlich hinausliefe. Sie haben die Summe der Maßnahmen nicht als Auf- oder Umbau gewertet, sondern nur Abbau, Auflösung und Einstellungen gesehen.

Ich denke, Herr Kollege Schultz-Tornau, es ist Ihnen klar, daß wir den Umbau der Hochschulstruktur nur so bewältigen können, indem jeweils im Laufe des Jahres freige-wordene Stellen im Rahmen der Haushaltsplan-beratungen den neuen Verwendungszwecken und -orten zugewiesen werden. Sie haben dieses Verfahren schon drei Jahre lang mit-erlebt. Es kann also nicht richtig sein, daß Sie noch keinen Aufbau bemerkt hätten. Wenn Sie beklagen, Sie könnten die Zielsetzungen des Handelns nicht erkennen, so dürfte dieses Argument nur dann stimmen, wenn Sie keine eigenen Vorstellungen von dem haben, was aus der Sicht des Gesetzgebers notwendig ist.

Wir haben als SPD unsere Vorstellungen schon häufiger vorgetragen. Wir wollen die regionale Verteilung der wissenschaftlichen Kompetenz in unserem Lande sichern. Wir wollen die im

Aufbau befindlichen Neugründungen nach den Zielsetzungen des § 5 des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen ausstatten. Wir wollen die Hochschulen an die veränderten Aufgabenstellungen anpassen und die Einflüsse des Arbeitsmarktes auf die Verwertbarkeit von Studienangeboten berücksichtigen. Wir wollen die Hochschulen auf die Notwendigkeiten vorbereiten, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben.

Wir glauben, daß diese Ziele für die nächsten Jahre nur durch Umstrukturierung zu erreichen sind. Dabei ist es selbstverständlich, daß wir längere Wirkungszeitspannen für die einzelnen Maßnahmen einplanen.

Es ist vielleicht noch die Frage von Interesse, ob die Zahl der Studienplätze in Nordrhein-Westfalen ausreicht oder ob sie nach Ihrer Meinung ausgeweitet werden sollte. Die SPD-Fraktion bewertet das Angebot in der Quantität als angemessen; nur die fachliche Strukturierung müßte geändert werden.

Die Zukunftschancen für Lehramtsstudiengänge sind zwischenzeitlich weitgehend bekannt. Das Bauingenieurwesen, das Studium der Architektur, aber auch Sozial- und Politikwissenschaften sind in der Verwertung auf dem Arbeitsmarkt sehr schwierig. Langfristig muß die Zahl der Studienplätze an die Jahrgangsstärke angepaßt werden. Auch diese Einschätzung ist zwischen den Wissenschaftsvertretern auf jeden Fall unstrittig.

Zur Zeit beträgt die Jahrgangsstärke der 21- bis 25jährigen rund 290 000, die Jahrgangsstärke der 1- bis 5jährigen beträgt aber nur 163 000. Das sind nur noch 56 % der Ausgangszahlen.

Selbst wenn man der wissenschaftlichen Ausbildung für die Zukunft eine größere Bedeutung einräumt, kann man nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß die Aufnahmekapazität für Studienanfänger an den wissenschaftlichen Hochschulen um 10 000 bis 11 000 Plätze - außerhalb der Medizin - reduziert werden müßte.

Eine besondere Schwierigkeit für die Lösung dieser Aufgabe liegt in der Tatsache, daß zur Zeit an den Hochschulen Überlast herrscht. Dieser Zustand blockiert einen Teil der Bereitschaft, die prüfbaren Fakten anzuerkennen. Eine weitere Schwierigkeit entsteht aus der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Startbedingungen für unsere jungen Menschen besonders unerfreulich sind. Vielfach bleibt als Alternative zur Arbeitslosigkeit nur ein Studium zur Überbrückung einer bestimmten Zeitspanne. Gleichzeitig wird der Versuch

(C)

(D)

(Apostel (SPD))

- (A) unternommen, durch weitere Qualifizierung die Arbeits- und Lebenschancen zu verbessern. Das ist in dieser schwierigen Zeit ein sinnvolles Handeln. Es bleibt aber trotzdem eine Anforderung an das Hochschulsystem, die sich nur aus der Arbeitsmarktlage erklärt.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten in vielen akademischen Berufen werden immer geringer. Deshalb gibt es kaum Anreize, die Hochschulen schnell zu durchlaufen; im Gegenteil: Auch hier wird die Möglichkeit gesucht, durch einen längeren Verbleib an der Hochschule wenigstens die Situation der Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, diese geraffte Darstellung von Zielsetzungen und Problemlage macht deutlich, daß jeder Entscheidungsfall eine Abwägung und Bewertung unter Heranziehung auch des eigenen Weltbildes erfordert. Deshalb ist die sachneutrale Darbietung eines geschlossenen Strukturkonzeptes so nicht möglich.

Die Ergebnisse der Abwägung und Bewertung innerhalb der SPD-Fraktion finden sich in den Beschlußempfehlungen des Wissenschaftsausschusses und in dem heute eingebrachten Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Ich komme nun zu Artikel I. - In § 1 wird das Problemfeld Hagen geklärt. Ich habe schon darauf hingewiesen: Dazu wird der Kollege Kniola sprechen.

- (B) § 2 regelt die Einstellung der Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen in Höxter. Obwohl das Verbleiben der Abteilung Höxter bei Paderborn einhellig begrüßt wurde, bleiben wegen der Einstellung von Studiengängen unterschiedliche Meinungen. Nach der vom Landtag durchgeführten Anhörung hat sich die SPD-Fraktion noch einmal an Ort und Stelle mit dem Problem der Abteilung Höxter auseinandergesetzt. Dafür war auch bedeutsam, daß die Universität - Gesamthochschule - Paderborn am Strukturkonzept aktiv mitgewirkt hat. Die Umstrukturierungsmaßnahmen sind angelaufen; der Studiengang Landpflege ist eingerichtet. Auch die Bereiche Wassertechnologie und Abfallwirtschaft sind in der Überprüfung, um zu einem ergänzenden Studienangebot zu kommen. Wir haben allerdings auch vor Ort für das Weiterbestehen des Studienganges Architektur keine Zukunftschancen erkennen können. In Höxter ist ein gutes Beispiel für problemgerechten Umbau eines Studienangebotes zu sehen.

§ 3 wird gestrichen. Die Abteilung Minden bleibt bei Bielefeld. Ich hoffe, Sie können

Ihre Freude darüber, daß die SPD-Fraktion nach Anhörung und Beratung zu der Einsicht gekommen ist, die Sie ja schon immer hatten, wirklich ausdrücken. Für uns ist das entscheidende Argument für diese Lösung das erkennbare Engagement der Verantwortlichen in der Hochschule und in der Stadt für das Verbleiben bei Bielefeld. Wir verbinden diese Entscheidung mit der Erwartung, daß die Hochschule ihre Zusagen einlöst und zukunftssträchtige Studienangebote in der Abteilung Minden entwickelt.

Artikel II regelt unter 1. durch Änderung des § 109 des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen die Zusammenarbeit der Hochschulen zur Erreichung der Ziele des § 5 WissHG. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sah unter 1. b) eine Regelung der Zusammenarbeit von Hochschulen durch Erlaß des Ministers vor, wenn diese Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis nicht zustande kommen sollte. Gegen diese Absicht haben die Hochschulen bei der Anhörung massive Einwände erhoben. Es wurde zwar vor allem auf die nach Meinung der Hochschulen unzulässige Einschränkung der Eigenständigkeit hingewiesen, es wurde aber auch auf die prinzipielle Problematik der notwendigen zusätzlichen Gremienarbeit und auf die komplizierte Zusammenarbeit von gewählten Gremien verwiesen. Die SPD-Fraktion hat sich darauf verständigt, die vorgetragenen Bedenken zu berücksichtigen und den vorgesehenen Buchstaben b) zu streichen. Wir verknüpfen auch diese Entscheidung mit der Erwartung, daß die Hochschulen die jetzt allgemeine, freiwillige Zusammenarbeit wie angekündigt ausfüllen werden.

Die unter Artikel II 2. vorgesehene Streichung eines Satzes in § 111 WissHG bewirkt, daß auch die Fernuniversität in dieses allgemeine Zusammenarbeitsgebot einbezogen wird.

Artikel III 1. ändert das Fachhochschulgesetz im Zusammenhang mit dem Antrag, den wir heute gestellt haben. Dasselbe gilt für Artikel III 2., der eine Änderung des § 28 Abs. 1 WissHG vorsieht.

In Artikel IV wird eine Änderung des Haushaltsgesetzes vorgeschlagen. Es sollen die aufgrund der Strukturmaßnahmen freiwerdenden Stellen aus den Lehrinhalten Vorklinische Medizin und Zahnmedizin in Stellen anderer Wertigkeit umgewandelt und in die Informatik umgesetzt werden.

Der Artikel V sieht unverändert die zur Umsetzung des Gesetzes notwendigen Ermächtigungen vor.

(C)

(D)

(Apostel (SPD))

- (A) Es bleibt zum Schluß zu wünschen, meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P., daß Sie sich an Ihre ständigen Behauptungen erinnern, daß die vorgesehenen Strukturmaßnahmen nur aus Gründen der Mitteleinsparungen durchgeführt würden. Im Zusammenhang mit dieser Erinnerung könnten Sie Ihre Glaubwürdigkeit verbessern, lieferten Sie für die Behauptungen auch den Beweis. Im Ergebnis führen die geplanten Maßnahmen bei Umstrukturierungen aus den Kultur- und Gesellschaftswissenschaften in die Natur- und Ingenieurwissenschaften wegen der veränderten Betreuungsrelation bei gleicher Stärke des wissenschaftlichen Personals zu einer Reduzierung des Studienplatzangebotes. Die SPD-Fraktion hofft, daß die mit dem heute bzw. Freitag zu verabschiedenden Gesetz angestrebten Zukunftsimpulse von den Hochschulen aufgegriffen und ausgefüllt werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Posdorf das Wort.

Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin heute zutiefst betroffen, denn wir schlagen eines der traurigsten Kapitel der nordrhein-westfälischen Wissenschaftspolitik auf.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Ich betone: "eines der traurigsten", da ich die ganz schlimme Befürchtung habe, daß dieses, wenn die Wissenschaftspolitik dieser Landesregierung weiterhin so chaotisch verläuft, bestimmt nicht das letzte sein wird.

Ministerpräsident Rau hat den Weg seiner politischen Karriere mit Hochschulgründungen gepflastert. Diese Pflastersteine werden ihm jetzt zu Stolpersteinen, und Frau Brunn hat die Aufgabe übernommen, ihm diese Stolpersteine aus dem Weg zu räumen. Mit der Fachhochschule Hagen wird der Anfang gemacht.

Meine Damen und Herren, Sie haben einen weiteren Antrag eingebracht. Ich kann mir Ihre innerfraktionellen Kämpfe durchaus vorstellen, aber mit diesem Antrag ist das Chaos wirklich komplett geworden, denn was Sie jetzt hier vorlegen, ist mit der heißen Nadel gestrickt. Es ist nicht durchdacht, und es ist auch unehrlich, denn mit diesem Antrag versetzen Sie, wenn er durchkommt, den Rest, den Sie Hagen lassen wollen, in die Agonie.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Sie verordnen dem Rest der Fachhochschule Hagen ein Sterben auf Raten, und etwas ähnliches ist für Minden auch geplant.

Meine Damen und Herren, mit dieser Operation haben Sie im Grunde genommen analog zu Ihrer Argumentation im Falle Minden alles ad absurdum geführt, vor allen Dingen sich selbst, die Sie immer behauptet haben, eine kleine Fachhochschule müsse geschlossen werden, weil sie klein sei; jetzt wird sie noch kleiner gemacht, und dann soll das auf einmal der Segen sein!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Man muß, um dies nachvollziehen zu können, schon über eine besondere Form von Logik verfügen. Ich bezeichne das, was Sie - trotz dieser Änderung - zu Hagen sagen, als ein "Hagen-Liquidierungsgesetz".

Niemand weiß so recht, was zukünftig mit Siegen, Teilen von Aachen, Paderborn, Bochum, Duisburg passiert, was mit den Fachhochschulen passiert. Es kann doch nicht angehen, es darf doch nicht wahr sein, daß wir als Ergebnis Ihrer Politik zukünftig eine Nullstelle in Hagen hinterlassen, nur weil die Landesregierung im Gummikreuzmanier zu keiner zukunftsorientierten und mit den Betroffenen und den Regionen abgestimmten Entscheidung fähig ist.

Auch die vorliegende und die angekündigten Rechtsverordnungen sind doch nicht alles, was auf uns zukommt. Es ist doch nicht alles, was uns erwartet. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, lassen Sie sich doch da nichts vormachen. Ich glaube, daß die Landesregierung selbst noch nicht genau weiß, was sie in der Rechtsverordnungsküche zusammenbrauen wird und dann im sogenannten Benehmen mit den Hochschulen durchpeitschen will. Wissen Sie was, Frau Brunn: "Benehmen" heißt doch für Sie nichts anderes als: Ich erläutere dir meine Absichten; und unterstehe dich ja nicht, mir anderslautende Fakten zu nennen. Wenn Sie dann zulangen, kündigen Sie zur Beruhigung an, irgendwelche Trostpflasterchen verteilen zu wollen. Ich verweise auf "Technozentrum neuen Typs" für Hagen. Was das ist, wissen Sie doch selbst noch nicht. Das ist ein fades Angebot eines Kompensationsgeschäftes. Darüber hinaus frage ich Sie: Was hat denn das eine mit dem anderen zu tun? Was hat die Schließung der Fachhochschule Hagen mit der Errichtung eines Technozentrums zu tun?

Es darf doch hier nicht alles in einen Topf geworfen werden. Hier handelt es sich doch um ganz andere Dimensionen!

(C)

(D)

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) Mittlerweile weiß jeder, daß Hochschulpolitik, daß Wissenschafts- und Forschungspolitik in den letzten Jahren auch zu einer Klammer zwischen Struktur- und Regionalpolitik geworden ist. An dem Beispiel Hagen sehen wir, daß Sie diese Argumente nicht nur nicht zur Kenntnis nehmen, sondern ganz einfach vom Tisch fegen. Regionale Spezifika einzelner Hochschulen spielen keine Rolle.

Sie sind auf dem besten Wege, wieder einmal klar und deutlich die Chance zu verspielen, einen zukunftsorientierten - Herr Kollege Kniola - Gesamtentwurf aus einem Guß vorzulegen, der mit den Betroffenen abgestimmt ist.

Mir scheint es wirklich so, Frau Brunn, daß Sie uns hier zeigen wollen, wie es geht, daß man - wie heißt es so schön - zumindest ein dickes Fell braucht, um ohne Rückgrat auch noch geradegehen zu können. Dieser Gesetzesentwurf, dieser Änderungsentwurf - schauen Sie sich ihn doch einmal an - ist doch nur gelaufen, um Gesichter zu wahren, vielleicht sogar den letzten Zug im wissenschaftspolitischen Gesicht der Ministerin, die Fachhochschule Hagen zu schließen; es geht dabei auch darum, das Gesicht der örtlichen Abgeordneten, die sich weit aus dem Fenster gehängt haben, zu wahren, so daß sie jetzt als Retter dastehen.

- (B) Meine Damen und Herren, das ist so vordergründig, das ist so durchsichtig! Als Kinder haben wir immer gesagt: Wer das glaubt, der zieht sich die Hose mit der Kneifzange an! Ich glaube, das ist das einzige, was man hierzu sagen kann.

(Beifall bei der CDU)

Statt dieser dilettantischen Vorgehensweise, Hochschulstandorte aufzugeben, weil sie unter Attraktivitätsverlust leiden, sollten Sie die Gründe dafür ermitteln und attraktivitätssteigernde Maßnahmen einleiten. Sie sollten erkennen, daß Hochschulplanung ein dynamischer Prozeß ist, der auch dynamisch zu handhaben ist, und daß eine Neustrukturierung unserer Hochschullandschaft eben nur in einem flexibel handhabbaren Gesamtstrukturkonzept erfolgen kann, in das die Hochschulen ihre Vorstellungen eingebracht haben.

Aber Ihr Ziel, das, was Sie verfolgen, ist ein weiteres; Sie wollen die Hochschulen optisch schnell ruhigstellen. Es ist Unruhe aufgekehrt. Ich erinnere Sie daran: Sie haben diese Unruhe verursacht, weil Sie den Hochschulen verlässliche Rahmen- und Eckdaten sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht, die ihnen Planungssicherheit für

- (C) Ihre zukünftige Entwicklung gegeben hätten, verweigert haben. Sie wollen sie jetzt schnell aus der Diskussion herausbekommen, damit Sie sich über den nächsten Wahltermin retten können, und 1991 ist es nicht so schlimm, wenn dann die E-Technik in Hagen eingeht; es ist nicht so schlimm, wenn dann Minden eingeht. Dann haben Sie wiederum fünf Jahre vor sich und Zeit, um irgendwelche Strickmusterchen vornehmen zu können und den Menschen etwas anderes zu suggerieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, von dem Hochschuländerungsgesetz der Ministerin ist nunmehr absolut nichts übriggeblieben; es ist von Ihnen in der Luft zerrissen worden. Ich sage, glücklicherweise. Die Hochschulautonomie ist weg, die Regelung Minden ist weg, obwohl Ihre Argumentation immer ganz anders war. Jetzt haben wir im Grunde genommen eine Kombination aller schlechten Möglichkeiten in diesem Entwurf. Das ist etwas, worüber noch sehr intensiv nachgedacht werden muß.

Ich fordere in diesem Zusammenhang schon jetzt alle Kollegen auf, den Gesichtverlust von Frau Brunn als nebensächlich zu betrachten, nebensächlich deswegen, weil hier unserem Lande durch die Kahlschlagpolitik im Hochschulbereich schwerer Schaden zugefügt wird.

(Beifall bei der CDU)

- (D) Ich bitte Sie, lehnen Sie diesen Gesetzesentwurf ab! Springen Sie über Ihren Schatten! Sie haben bis jetzt - dafür danke ich ausdrücklich - Mut bewiesen, ganz großen Mut. Jetzt muß aber auch noch der letzte Schritt kommen. Jetzt müssen Sie das Herz einmal in die Hand nehmen.

Auch bei den Rechtsverordnungen geht es - das wiederhole ich noch einmal; lassen Sie sich doch nichts vormachen - wieder einmal nach dem Gießkannenprinzip. Nur wird hier nicht nach dem Gießkannenprinzip ausgegossen, hier wird nach dem Gießkannenprinzip eingesogen; einziges Kriterium ist irgendeine Unterlast von Studiengängen.

Ich bitte Sie, dieses unselige Treiben zu beenden. Sagen Sie nein zum Hochschuländerungsgesetzesentwurf. Sie sagen damit nicht nur nein zum "Hagen-Liquidierungsgesetz", Sie legen damit - davon bin ich fest überzeugt - die Grundlage für eine fruchtbare Weiterentwicklung unserer Hochschulen in Nordrhein-Westfalen und damit für die Zukunft der in unserem Lande lebenden Menschen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (A) Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schultz-Tornau das Wort.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den 50er Jahren lief ein Film, den ich gern gesehen hätte, aber damals nicht sehen durfte. Er hieß: "Das Gänseblümchen wird entblättert." Ich habe mich an diesen Titel erinnert gefühlt, als ich vor meinem geistigen Auge Revue passieren ließ, was der Frau Ministerin mit ihrem Gesetzentwurf zur Änderung der Hochschulen widerfahren ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist doch eines nach dem anderen von diesen Blättchen des Gänseblümchens weggeblättert worden! Wir müssen uns doch fragen, woran liegt es, Frau Ministerin - vor allen Dingen Sie müßten sich das doch fragen -, daß Sie nicht einmal in Ihrer eigenen Fraktion auch nur ein einziges Kernstück Ihres Gesetzes durchgebracht haben? Es liegt genau an dem Punkt, Herr Apostel, den Sie heute wieder angesprochen haben, daran, daß kein Gesamtkonzept hinter diesem Hochschuländerungsgesetz steht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist die übereinstimmende Auffassung aller Sachkundigen im Lande.

- (B) Die Frau Ministerin hat mich kürzlich angeschrieben und gebeten, keine Unruhe in die Hochschulen hineinzutragen. Ich fühlte mich ja geschmeichelt, wenn ich das könnte. Das, was ich hineinbringen kann, wäre wie ein Glas Wasser in einen brodelnden See hineinzuschütten. So ist es heute mit der Unruhe an unseren Hochschulen bestellt, weil niemand genau weiß, wohin eigentlich die Fahrt gehen soll.

Herr Apostel, Sie sagen, diejenigen, die behaupten, insgesamt liefe das auf die Streichung von Stellen hinaus, müßten Beweise antreten. Ich meine umgekehrt: Es müßten endlich einmal Zahlen auf den Tisch, mit denen wir argumentieren können und über die wir diskutieren können, wie es nach 1992 weitergehen soll. Denn die Frau Ministerin hat ja erklärt, die Stellen, die jetzt abgezogen würden, wanderten bis 1992 in den Topf mit den guten Erbsen. Aber für den Zeitraum darüber hinaus liegt uns bislang überhaupt keine verbindliche Erklärung vor.

In aller Kürze zu den einzelnen Blättchen, die weggeblättert worden sind! Ich bin dafür dankbar, daß die SPD mit unseren Bedenken,

- (C) die wir schon in der ersten Lesung vorgebracht haben, heute konform geht, daß wir vieles einvernehmlich gemacht haben.

Der § 109 wäre wegen seiner offensichtlichen Verfassungswidrigkeit aufgehoben worden. Das war ein Produkt der Anhörung, der eindrucksvollen Darlegungen, die insbesondere der Rektor der Universität Köln gemacht hat. Ich meine, es ist gut für diesen Landtag, wenn er nicht abwartet, bis ihm der Verfassungsgerichtshof dies aus der Hand schlägt, sondern selber zur Einsicht kommt und dies korrigiert.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Aber leider ist mit dieser gesetzgeberischen Korrektur die Geisteshaltung nicht vom Tisch, die hinter diesem § 109 gestanden hat. Die Ministerin hat, nachdem sie merkte, daß sie keine Mehrheit findet, nachdem die Abstimmung im Arbeitskreis 19 der SPD-Fraktion gelaufen war, erklärt, sie zöge zur Schonung der Hochschulen ihre Absicht zur Zwangsfusion erst einmal zurück. Wenn einem die Waffe aus der Hand geschlagen worden ist, ist es ja gut, den Pazifisten zu spielen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Sie hat aber gleichzeitig erklärt, das gelte nur für zwei Jahre, dann würde sie wieder auf den Vorschlag zurückkommen, nach dem Motto: Und bist du nicht willig, so brauch' ich in zwei Jahren Gewalt. Hier stellt sich, Frau Ministerin, wirklich die Frage nach ihrer Lernfähigkeit. Sie haben nichts dazugelernt, sondern haben sich nur dem gebeugt, was sie nun wirklich nicht mehr verhindern konnten.

(D) Wir begrüßen auch die Übereinstimmung im Falle Minden: daß hier gewachsene Strukturen nicht auseinandergerissen werden. Wir sind dankbar dafür, daß wir das einvernehmlich hinbekommen haben. Ich sage auch hier noch einmal: Auch im Falle Minden kommt es darauf an, daß wir uns nun überlegen, wie man dort attraktive Angebote ansiedelt, damit dieser Standort auf Dauer erhalten bleibt. Ich habe den Eindruck, daß wir hier mit den Wissenschaftspolitikern der SPD durchaus Konsens finden könnten. Ich hoffe, daß auch die Ministerin in diesem Punkt gegenüber manchen zumindest mißverständlichen Äußerungen in der Öffentlichkeit hinzulernt.

Aber das Kernstück, über das wir uns heute unterhalten müssen, ist wirklich der Fall Hagen. Hier haben wir es mit einer Hochschule zu tun - und das war auch ein Ergebnis der Anhörung -, die bewiesen hat, daß sie in ihrer Region lebt, daß sie von allen

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) verantwortlichen Kräften ihrer Region in einem ganz seltenen Ausmaß getragen wird. Ob das die Gebietskörperschaften waren, ob das die Wirtschaft war, Arbeitgeber, Arbeitnehmer: Alle sind aufgestanden und haben gesagt: Wir wollen diese Fachhochschule erhalten.

Das hat dann auch zu dem beeindruckenden Ergebnis geführt - nachdem die Wissenschaftspolitiker der SPD in diesem Punkt nicht selber korrigieren wollten -, daß 30 Abgeordnete der Sozialdemokraten gestern gesagt haben: Wir machen nicht mit, wir kippen das Gesetz, wenn Hagen nicht erhalten bleibt. Das ist doch wohl der Ausgangspunkt. Dafür kann man denen, die das getan haben, nur allen Respekt zollen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Um so trauriger ist das, was uns heute - nicht in einer Nacht- und Nebelaktion, sondern in einer ausschließlichen Nachtaktion - vorgeschlagen wird. Über das Schicksal einer Hochschule, über das Schicksal einer wissenschaftlichen Einrichtung einer Region in einer Nachtaktion zu entscheiden, alles umzustülpen und einen Vorschlag vorzulegen, der in dieser Form bisher nirgends diskutiert worden ist, das ist schon vom Verfahren her eine Unmöglichkeit.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- (B) und zeigt, daß es dringend notwendig ist, Verständnis für diesen Bereich der Hochschulen hier im Plenum zu wecken. Ich glaube, die meisten Kollegen bei den Sozialdemokraten, die heute morgen abgestimmt haben, wußten gar nicht, über was sie hier inhaltlich entschieden haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Das werfe ich diesen Kollegen nicht vor. Denn wie will man sich in einer so komplizierten Materie, mit der sich der normale Abgeordnete normalerweise nicht befaßt, innerhalb von Minuten sachkundig machen? Das geht nicht, und deshalb sage ich: Das Verfahren ist unmöglich.

(Erneut Zustimmung bei der F.D.P.)

Herr Kollege Posdorf hat mit Recht gesagt: Hier werden Nachteile kombiniert. Das ist die schlechteste aller denkbaren Lösungen. Das Problem der Fachhochschule Hagen war doch nach der ersten Schwier-Amputation, daß sie kaum noch lebensfähig war, daß wir Mühe hatten, dieser Fachhochschule wieder Boden unter den Füßen zu verschaffen. Und nun

bringen Sie es in Ihrem Vorschlag allen Ernstes fertig, drei kleine Fachbereiche mit insgesamt 50 Professoren als Fachhochschule an zwei Standorten vorzuschlagen. Wie soll denn dieses Gebilde so jemals lebensfähig werden? Das kann nicht funktionieren. Das ist ein unehrlicher Schritt, der die Vollstreckung des Todesurteils aussetzt. Aber jeder weiß, daß das Gnadengesuch demnächst abgelehnt wird.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Es ist schon wirklich fast mehr ein Kuriosum als ein sachlich zu diskutierender Vorschlag, daß man nunmehr, damit Frau Brunn sagen kann, sie habe sich durchgesetzt, die Fachhochschule Hagen werde aufgehoben, auch noch den grandiosen Vorschlag macht, die Verwaltung mit Sack und Pack von Hagen nach Iserlohn umziehen zu lassen, also zur Gesichtswahrung der Frau Ministerin aus der bisherigen Fachhochschule Hagen eine Märkische Fachhochschule mit der Abteilung Hagen zu machen. Ich frage mich: Wer zahlt eigentlich die Umzugskosten? Bei so viel Unfug würde ich wirklich vorschlagen, daß wir dann in der Konsequenz Herrn Weifenbach, der ja nicht ausgelastet sein soll, den ehemaligen Präsidenten des ECD Iserlohn, zum ersten Rektor dieser neuen Fachhochschule in Iserlohn machen. Vielleicht zahlt uns Herr Ghaddafi wenigstens die Umzugskosten.

(Heiterkeit - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich habe mich immer gewundert, warum der Termin 1. April für das Inkrafttreten dieses Gesetzentwurfes so notwendig war. Nachdem uns heute der Änderungsvorschlag der SPD vorgelegt worden ist, begreife ich diese Terminplanung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich kann nur noch einmal appellieren, daß wir aus einer schlechten Sache eine gute Sache machen, daß wir das Engagement aller beteiligten Kräfte in Hagen und im Märkischen Raum für etwas Neues, Modellartiges nutzbar machen und daß wir die Wirtschaft am Portepée fassen und fragen: Was seid ihr denn bereit, wenn Hagen erhalten bleibt und nicht in seiner Substanz vernichtet wird, für die Erhaltung dazuzutun, über Stiftungslehrstühle beispielsweise zu reden? Das wäre ein konstruktiver Weg, der Ausstrahlungswirkungen für das ganze Land haben könnte.

Was wir hier, wenn wir ihrem Vorschlag folgen, beschließen würden, das hätte auch

(C)

(D)

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Modellcharakter, denn es würde zeigen, daß sich niemand auf gegebene Worte verlassen kann. Ich erinnere noch einmal an das gegebene Wort des damaligen Wissenschaftsministers und heutigen Kultusministers Schwier: Die Fachhochschule Hagen bleibt erhalten. Jetzt wird sie zu einer nicht lebensfähigen Abteilung gemacht. Ich erinnere an das Wort des Ministerpräsidenten: Keine Fachhochschule wird geschlossen. Niemand kann sich mehr auf das Wort der Landesregierung verlassen,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

wenn dieser Vorschlag sich durchsetzen wird.

Deshalb mein Appell: Schauen Sie sich - gerade Sie von der SPD-Fraktion, die Sie gestern so mannhaft gesagt haben: "Das machen wir nicht mit!" - diesen verkümmerten Entwurf noch einmal an und durchdenken Sie die Substanz. Sprechen Sie mit den Fachleuten vor Ort, wenn Sie denn nicht unbedingt den Worten von F.D.P.- und CDU-Politikern glauben wollen. Der Rektor ist hier, der Kanzler ist hier, Studenten sind hier. Die werden Ihnen das alle sagen: Dies ist eine noch schlechtere Lösung, als der ursprüngliche Vorschlag von Frau Brunn, weil er noch zusätzlich unehrlich ist.

Deshalb nochmals mein Appell: Bedenken Sie dies noch einmal. Nutzen Sie die Zeit, die bis Freitag gegeben ist, um auch hier zu einer sachlich guten Lösung zu kommen, die Modellcharakter, Signalcharakter für die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen haben könnte, die dringend konzeptioneller Überlegungen bedarf und nicht mehr länger in der Lage ist, dieses gedankliche Chaos zu verkraften, das unter Ihrer Federführung, Frau Ministerin, im Hochschulbereich Nordrhein-Westfalens angerichtet worden ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst folgendes sagen, Herr Schultz-Tornau: Wir hatten ja viel Gelegenheit, sachlich miteinander zu diskutieren, und ich kenne Sie normalerweise als sachlich argumentierenden Abgeordneten.

(Zurufe von der F.D.P.)

Heute haben Sie einen Ausdruck gebraucht, der in seiner unglaublichen Unterstellung

zunächst einmal zurückgewiesen werden muß. Ich habe nie von Zwangsfusion von Hochschulen geredet. Ich finde es unglaublich, wenn Sie hier diesen Begriff unterstellend in die Welt setzen. Unglaublich!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schultz-Tornau zu?

(Zustimmung der Frau Minister Brunn)

Schultz-Tornau (F.D.P.): Frau Ministerin, würden Sie denn zugestehen, daß Ihre vorgeschlagene Änderung des § 109 genau solches ermöglichen würde?

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Das ist von Ihnen eine unterstellende Interpretation, in der Sie mir jetzt ein Wort in den Mund legen, was ich nie benutzt und was ich nie angestrebt habe. Ich finde es unerhört, wenn man die hochschulpolitische Diskussion in einer solchen Art und Weise vergiftet. Wir haben überhaupt keinen Grund, gegenwärtig in die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, die fabelhaft im bundesrepublikanischen Vergleich dastehen, die selbstbewußt auf ihre Leistungen blicken können, mit solchen panikmachenden Argumenten Unruhe hineinzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen auch sagen, daß ich stolz darauf gewesen bin, daß bei der Montanrunde beim Bundeskanzler ebenso wie bei der Montanrunde beim Ministerpräsidenten bei allen relevanten Fragen, die mit der Erneuerung des Landes zu tun haben, die nordrhein-westfälischen Hochschulen oben an stehen. Die nordrhein-westfälischen Hochschulen haben in aller Selbstverständlichkeit gesagt, daß sie gerade gegenwärtig ihre Stärke nutzen wollen, um das Land voranzubringen. Wir haben gar keinen Grund, hier irgendwelche Unruhe zu streuen.

Man sieht es auch wieder, was die Opposition macht. Nachdem Sie im letzten Jahr gesagt haben, mit welch schrecklichen Dingen die Hochschulen kurzfristig rechnen können, haben Sie jetzt nichts anderes zu tun, als zu sagen: Ja, aber im Jahre 1992 könnte es doch vielleicht schlimmer werden. So wollen sie sich ein bißchen Ängstlichkeit erhalten. Das halte ich für dürrtig.

Weiterhin will ich Ihnen sagen: Wenn Sie meinen, in dem Gesetzentwurf stünde nichts, dann frage ich mich, warum Sie sich darüber

(Frau Minister Brunn)

- (A) aufregen. Sie müssen sich entscheiden: Entweder sagen Sie, da stünde nichts mehr drin, dann brauchen Sie sich nicht aufzuregen, oder Sie sind dagegen, dann müssen Sie sagen, wieso.

Vizepräsident Dr. Riemer: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Ich würde gerne im Zusammenhang argumentieren, weil ja hier so punktuell gesprochen worden ist und weil offensichtlich versucht wird, die Dinge zu Einzelpunkten auseinanderzunehmen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist stolz auf die so ausgestattete Hochschullandschaft. Wenn Sie Hochschulen als Stolpersteine bezeichnen, finde ich das auch schon eine Unverschämtheit. Hochschulen sind keine Stolpersteine, sondern sie sind wirklich die Eckwerte der Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen. Wenn wir sie in den letzten Jahren nicht so ausgebaut hätten, dann hätte das Land viel weniger Anknüpfungsmöglichkeiten in seiner guten Infrastruktur, als es das gegenwärtig hat. Und das ist gut so.

(Dr. Posdorf (CDU): Dann machen Sie Hagen doch dicht.)

- (B) Wir meinen, daß es auch richtig ist, daß die Landesregierung betont hat, daß sie die Regionalisierung aufrechterhalten will und daß die Regionalisierung eine der Stärken unseres Hochschulsystems ist. Das hat nichts damit zu tun, daß in einzelnen Standorten auch Überprüfungsbedarf gegeben ist. Das haben wir auch getan, und dazu legen wir Ihnen auch unsere Ergebnisse vor und sagen Ihnen auch etwas dazu. Wir meinen, daß die Regionalisierung also richtig ist, daß sie eine Stärke unseres Hochschulsystems ist. Wir sind gut beraten, daß wir nicht nur an einem zentralen Standort Hochschulen haben, sondern daß diese regional verteilt sind.

Wir sagen auch, daß wir viel Erneuerungsbedarf in den Hochschulen haben, Erneuerungsbedarf in Bauten, in Geräten, aber auch Erneuerungsbedarf in bestimmten Bereichen von Inhalten, neuen Studiengängen, Forschungsschwerpunkten u.ä. mehr.

Wir wissen, daß wir diese Erneuerung auch innerhalb der Hochschulen bei begrenzter Finanzmenge nur leisten können, wenn wir Prioritäten und Posterioritäten setzen, wenn wir umbauen und nicht abbauen. Zum Abbauen sehen wir weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit, und dies ist auch nicht das Ziel. Dieses Ziel ist vielmehr die Erneuerung und der Umbau der Hochschulen.

(C) Wir sind stolz darauf, daß diese Hochschulen ihren Stellenbestand erhalten können; wir wissen, daß sie ihn für die nächsten Jahre brauchen. Wir wollen Bewegungsfähigkeit im Hochschulbereich erhalten, indem wir das, was wir an dringendem Erneuerungsbedarf im personellen Bereich haben, auch tatsächlich schaffen, und indem wir das, was wir an Geräten, an Bauten, an Sachmitteln benötigen, für die Hochschulen zur Verfügung stellen können.

Ich sage Ihnen, wenn das die Ziele der Hochschulpolitik sind, nämlich Erneuerung zu ermöglichen, und dies bei begrenzten Mitteln und angesichts demographischer Veränderungen - wir wissen doch, daß die Zahl der Schüler in den Schulen geringer geworden ist und die Zahl der Studienanfänger ihren Höhepunkt überschritten hat, auch wenn sie erfreulicherweise im vergangenen Wintersemester wieder zugenommen hat -, wenn dies also die Ziele sind, die wir in der Hochschulpolitik verfolgen, dann sage ich, welche Folgerungen das Land daraus zieht:

Wir haben nach einem Vorlauf von einem guten Jahr, nachdem wir zunächst die Hochschulen zur Erörterung gebeten haben, unsere Perspektiven für die Hochschulentwicklung als Landesregierung vorgelegt - übrigens auch dem Wissenschaftsausschuß; er hat sie zur Kenntnis genommen, und es ist seine Sache, daß er sie nicht diskutieren wollte. Damit also kennt der Wissenschaftsausschuß die Überlegungen, die Grundsätze, die Zahlen und alle die Fakten mehr, um die es geht.

(D) Wir haben diese Perspektiven für die Hochschulentwicklung - die übrigens inzwischen vom Wissenschaftsrat auf Bundesebene zum Vorbild dafür genommen worden sind, bundesweit eigene Überlegungen anzustellen, was ja auch ein Zeichen für die Qualität nordrhein-westfälischer Arbeit ist - zur Diskussion gestellt und haben daraus Folgerungen gezogen, die wir in vier Stufen in der Form von Maßnahmebündeln umsetzen:

Die erste Stufe ist bereits erwähnt worden: das Kunsthochschulgesetz! Damit haben wir einen zwanzigjährigen Streit um Kunsthochschulstandorte beendet und gleichzeitig Entscheidungen für neue Kunsthochschulen getroffen.

Sie klagen hier, Hochschulen würden abgebaut; dabei haben Sie im letzten Jahr ohne Diskussion drei neue Hochschulen eingerichtet. Das muß man sich einmal überlegen! Woher nehmen Sie eigentlich Ihre Argumente? Was Ihnen gerade paßt, wird in den Vordergrund gestellt.

(Frau Minister Brunn)

- (A) Die zweite Stufe betrifft das Hochschuländerungsgesetz. Darin haben wir die notwendige Überprüfung der Fachhochschulstandorte vorgenommen. Dabei haben wir uns insbesondere auf die Überprüfung der Felder konzentriert, in denen wir Regelungsbedarf gesehen haben, in denen besonderer Veränderungsbedarf besteht, nämlich in Ostwestfalen, und ich nenne das Stichwort "Hagen". Ich werde Ihnen die einzelnen Punkte noch erläutern.

Insgesamt haben wir im Fachhochschulbereich - von diesen Punkten einmal abgesehen - Entwicklungen, die eigentlich eher dahin gehen, daß wir damit rechnen können, daß der Fachhochschulbereich vielleicht im Verhältnis zu dem übrigen Hochschulbereich sogar stärker werden wird, als dies im letzten Jahrzehnt der Fall gewesen ist. Hier haben wir es mit einer durchaus guten Entwicklung zu tun, die der praxisbezogenen Ausbildung an unseren Fachhochschulen Rechnung trägt.

Wir wollen in diesem Gesetz auch die Verwendung der Stellen in der Vorklinik und die Kooperation zwischen Hochschulen regeln.

- (B) Als dritte Stufe dieser Planungsumsetzungen haben wir dem Wissenschaftsausschuß eine Verordnung zur Einstellung von Studiengängen vorgelegt. Hier geht es um die Einstellung von Studiengängen vor allem im Lehramt, aber auch in einzelnen anderen Bereichen; das steht dort zur Diskussion. Dabei haben wir es mit einer abschließenden Regelung zu tun. Es ist natürlich für das Parlament nicht angenehm, nicht nur etwas neu einzurichten, sondern bei Gelegenheit auch auf etwas verzichten zu müssen. Mehr Unannehmlichkeiten dieser Art brauchen wir jedenfalls dem Parlament nicht zur Entscheidung vorzulegen.

In einem weiteren Schritt werden wir die Stellenpläne der Hochschulen anhand der von uns in den Perspektiven genannten Parameter aufgabenkritisch gemeinsam mit den Hochschulen überprüfen. Zunächst sind die Hochschulen am Zug; wir werden die Dinge dann mit ihnen besprechen.

Welche Folgerungen sind hieraus zu ziehen? - Ich sage: Wegen seiner vielfältigen Aufgaben - dies ist auch die Auffassung der Landesregierung - und wegen seiner großen Bedeutung für die ökologische und ökonomische Entwicklung des Landes ist der Hochschulbereich nicht in der Lage, solange noch die bestehende Überlast besteht, Stellen abzugeben. Das bedeutet, frei werdende Stellen aus den Maßnahmen, die wir jetzt vorgeschlagen haben und die wir nunmehr

- (C) zum Abschluß bringen wollen, werden in Stellen-Pools umgesetzt, die für die neuen Aufgaben im Hochschulbereich verwendet werden, zum Beispiel für die Einrichtung neuer Studiengänge, die dringend notwendig sind, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit neuen Technologien, sondern beispielsweise auch an Fachhochschulen und zur Verstärkung der Anstrengungen in den Montanregionen und auch zum Ausbau der Fernuniversität - darauf werde ich gleich noch kommen - und beispielsweise auch für die vielen Dinge, die mit den Kunsthochschulen oder anderen Vorhaben verbunden sind.

Ich bin stolz darauf, daß von Siegen bis Duisburg, von Dortmund bis Aachen zum Stichwort "Montanregionen" das, was die Hochschulen betrifft, obenangestellt wurde. Und das, was hier an Aufgaben auf uns zukommt, müssen wir auch bewältigen können.

In diesem Hochschuländerungsgesetz, über das wir heute schwerpunktmäßig sprechen, sind einige Teilbereiche enthalten, zu denen ich jetzt Stellung nehmen möchte.

Zunächst will ich etwas zu diesem § 109 sagen, den Sie ebenfalls erwähnt haben. Dieser § 109 hat eine leidenschaftliche Diskussion um die Hochschulautonomie ausgelöst. Das Gespenst der Verfassungswidrigkeit der Kooperation, wenn sie angeordnet würde, ist an die Wand gemalt worden. Ich glaube, diese Verfassungswidrigkeit hätte sich in solcher Form nicht bewahrheitet; aber ich fand es wichtig, was dort in der Diskussion gesagt worden ist. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat niemals beabsichtigt, ihren Sachverstand ohne Anhörung den Hochschulen "überzustülpen"!

(Dr. Schaumann (F.D.P.): Das haben wir ja gesehen!)

Was wir in den letzten Jahren durchführen, ist eine ganz große, wichtige Serie von Anhörungen und Gesprächen mit den Hochschulen. Sie sehen ja, daß wir dabei auch Ergebnisse erzielen.

Wir sind hier nicht in Bayern - das will ich auch einmal hervorheben -, wo Studiengänge und wissenschaftliche Einrichtungen an den Fachbereichen durch ministeriellen Erlaß gegründet und aufgehoben werden können. Dies geschieht übrigens in Bayern ohne irgendwelche Diskussion und hat auch noch nie zu verfassungsrechtlichen Bedenken geführt. Das will ich Ihnen nur sagen!

Das Land Nordrhein-Westfalen hat traditionell das autonomiefreundlichste Hochschulrecht

(Frau Minister Brunn)

- (A) aller Bundesländer. Weil wir den Hochschulen den ihnen zustehenden Freiraum lassen und damit die Verfassung beachten, können sich die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich auch stärker artikulieren - das tun sie auch! - als in anderen Bundesländern. Ich halte das für begrüßenswert und will das nicht ändern; denn diese verstärkte Artikulationsfähigkeit ist keine Schwäche und kein Fehler, sondern ein Ausdruck von Demokratiefähigkeit.

Wenn es hier also gegenüber dem von der Landesregierung im Herbst eingebrachten Gesetzentwurf eine Modifizierung gibt, dann bezieht sie sich darauf, daß wir die Kooperationen zwischen den Hochschulen, die wir insbesondere in dem Bereich Bochum/Dortmund für außerordentlich gut und notwendig erachten, nicht durch das Damoklesschwert einer Anordnung belasten wollen, sondern daß wir das ernst nehmen, was die Hochschulen selbst gesagt haben: daß sie zunächst selber Vorschläge unterbreiten und Schritte unternehmen wollen.

Ich habe die Hochschulen dazu ermuntert, dann auch diese Schritte zu tun. Meiner Meinung nach tun wir ihnen durchaus nicht unrecht, wenn wir zunächst einmal abwarten, was an Vorschlägen kommt, und ob es dann noch weiterer Maßnahmen der Landesregierung bedarf. Wenn es dann weiterer Maßnahmen bedarf, dann können wir die auch erarbeiten; aber dann dürfen wir die Runde dieser notwendigen Beratungen nicht durch eine Vorabregelung belasten, sondern dann ist das meiner Meinung nach in der Form, wie wir das jetzt tun wollen, durchaus möglich.

(B)

Das werden Sie auch durch irgendwelche Äußerungen - Sie unterstellten uns Zwangsfusionen - nicht belasten können. Ich weiß, daß die Hochschulen mit dieser Modifizierung sehr zufrieden sind, und ich weiß auch, daß die Hochschulen bereit sind, ihrerseits das Notwendige zu tun und Vorschläge zu unterbreiten.

Ich möchte jetzt etwas zu Ostwestfalen sagen. Es ist ganz allgemein unbestritten, daß die Notwendigkeit besteht, die baubezogenen Studiengänge in Ostwestfalen an den Standorten Lippe, Höxter und Minden neu zu ordnen, vor allen Dingen auch im Hinblick auf parallele Studienangebote im Baubereich.

Der Schwerpunkt der baubezogenen Studiengänge in Ostwestfalen liegt eindeutig im Bereich der Fachhochschule Lippe. Aus diesem Grunde sagen wir: Eine Abstimmung mit dem, was dort passiert, ist ein Ziel der weiteren Planungsüberlegungen im Hochschul-

bereich gewesen und bleibt auch die Maxime, nach der die Veränderungen dort vorgenommen werden.

(C)

Weil eben das Bauingenieurwesen in Ostwestfalen doppelt so viele Plätze für Studienanfänger hat, wie gegenwärtig dort tatsächlich Studierende aufgenommen werden können, wollen wir auf die Studiengänge im Bauingenieurwesen und in der Architektur in Höxter verzichten und bei Aufrechterhaltung der Landespflege gleichzeitig einen neuen Studiengang ermöglichen. Und wir waren der Auffassung, daß durch die Zuordnung von Minden zu Lippe eine bessere Lebensfähigkeit von Minden zu erreichen gewesen wäre.

Aus der Sicht der Landesregierung bot sich deshalb für Minden, wenn die Sicherung des Standortes Vorrang haben sollte, zunächst eine Zuordnung zu der Fachhochschule Lippe an. Minden hat bereits in den letzten vier Jahren über die Hälfte der Studienanfänger verloren. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, ist es sehr schwer, ein qualifiziertes und große Zahlen von Personen umfassendes Lehrangebot aufrechtzuerhalten, wenn nicht auf einen Standort zurückgegriffen werden kann, an dem dasselbe Lehrangebot vorhanden ist. Dies ist das Problem, daß das in Bielefeld nicht der Fall ist, während es in Lemgo eben der Fall gewesen wäre.

Andererseits schlägt der Wissenschaftsausschuß nun ganz einvernehmlich vor, an der bisherigen Zuordnung der Fachhochschulabteilung Minden zur Fachhochschule Bielefeld festzuhalten. Ich nehme zur Kenntnis, daß der Ausschuß damit die landsmannschaftlichen und regionalpolitischen Gesichtspunkte anders gewichtet hat als die Landesregierung, hier also einen anderen Schwerpunkt setzt.

(D)

Ich muß aber darauf hinweisen, daß damit auch eine große Aufgabe auf Bielefeld zukommt, nämlich diesen Abteilungsstandort dann entsprechend zu unterstützen, und daß es nun vor allen Dingen auch darauf ankommt, genügend Studierende in Minden zu haben; denn das wird das Problem sein, daß dieser Standort dann auch von Bielefeld in einer ganz großen Verantwortung attraktiv gehalten werden muß, damit es nicht zu einem schleichenden Entleeren dieses Standortes kommt.

In Höxter wird über die Aufhebung der Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen entschieden. Die Zeit der Unsicherheit ist damit auch für Höxter beendet. Die Betroffenen haben die Möglichkeit, sich ganz auf die neuen Aufgaben zu konzentrieren.

(Frau Minister Brunn)

- (A) Ich bekräftige noch einmal, daß die Landesregierung bereit ist, in Höxter neben dem Studiengang Landespflege weitere Studienangebote zu fördern. Die Landespflege selbst ist sehr hoch nachgefragt. Die Zahl der Bewerber übersteigt die Studienplätze fast um das Dreifache.

Natürlich kann man auch hier mit freierwerdenden Mitteln gegebenenfalls Erweiterungen der Kapazität erreichen. Ich bin sicher, daß der Standort Höxter auf diese Weise aufrechterhalten werden kann und eine gute Zukunft haben wird; denn die dort vorhandenen Ausstattungen sind modern, und das Personal ist motiviert. Ich denke, daß auch das dortige Wasserbaulabor in Zukunft für die Landespflege in Höxter zur Verfügung stehen kann, daß es aber auch von der Fachhochschule Lippe mit genutzt werden könnte.

Wenn hier weitere Studienangebote entwickelt werden, wie dies ja von der Hochschule gegenwärtig vorbereitet wird, dann können wir sehr bald zu einem neuen Start in diesem Bereich kommen.

Ich halte es für alle Beteiligten für außerordentlich hilfreich, daß die Universität - Gesamthochschule - Paderborn klare Vorstellungen über ihre eigenen Zukunftsaussichten entwickelt und sie auch mit Prioritäten versehen hat; denn man muß einmal deutlich machen, daß hier eine Hochschule selber ihre Vorstellungen für ihre Zukunft entwickelt und offengelegt hat. Das sollten wir auch einmal dankend zur Kenntnis nehmen, was diese Hochschule leistet. Das wird auch das Rückgrat von Höxter sein, daß die Hochschule dort hinter den Entwicklungen steht und sich engagiert.

(B)

Die Diskussion über den Standort Hagen, zu dem ich jetzt kommen möchte, insbesondere über den Standort Hagen der Fachhochschule und über die Neuordnung der Fachhochschulstudiengänge, ist ja dort breit geführt worden. Die Fachhochschule hat mit den Studiengängen an ihrem Hagener Standort in den letzten Jahren eine sehr negative Entwicklung genommen; nur die Elektrotechnik war von diesem Trend nicht erfaßt. Man kann dieses Problem, egal zu welchen Schlüssen man kommt, meiner Ansicht nach nicht einfach übersehen: Wir haben hier Studiengänge, die ohne extreme zusätzliche Aufwendungen bei dem gegenwärtigen Fächerspektrum nicht vernünftig entwickelt werden können. Es läßt sich eben nicht leugnen, daß die Fachhochschule Hagen am Standort Hagen seit 1983/84 jeden fünften Studienanfänger verloren hat, während die Entwicklung im Fachhochschulbereich insgesamt - übrigens auch in

Iserlohn - wesentlich günstiger war. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß diese Entwicklung noch ungünstiger wäre, wenn nicht die ZVS Studienanfänger dorthin überwiesen hätte. Denn die ZVS schickt Studierende auch an Studienorte, an denen sie gar nicht unbedingt studieren wollen; aber das hat dem Standort Hagen in gewissem Sinn geholfen.

(C)

Gleichzeitig haben wir erheblichen Ausbaubedarf an der Fernuniversität. Es zeichnen sich neue Initiativen im Umfeld der Fachhochschule in Iserlohn ab; wir sehen beispielsweise, daß die kunststoffverarbeitende Industrie in Lüdenscheid gerne mit der Fachhochschule kooperieren würde und daß dort Möglichkeiten bestünden, ein zusätzliches Institut zu gründen. Wir sehen Entwicklungsmöglichkeiten in der Biotechnologie in Iserlohn und darüber hinaus eine ganze Reihe von Entwicklungen, die dringend gefördert werden müssen, weil sie weit in die Zukunft weisen. Das gilt auch für die Fernuniversität.

Ich sage ganz klar, daß die Landesregierung zunächst als beste Lösung angesehen hat, die Fachhochschule Hagen am Standort Hagen aufzugeben, den Fachbereich Elektrotechnik nach Iserlohn zu verlagern und Iserlohn als Märkische Hochschule Dortmund zuzuordnen, um damit die Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere der Fernuniversität und des Abteilungsstandorts Iserlohn in Iserlohn vorrangig zu fördern. Aber aufgrund der Besorgnisse, die gegen diese Regelung aus der Region doch sehr massiv und immer wieder geäußert worden sind, habe ich überlegt, ob man den Entwicklungsmöglichkeiten der Region durch einen modifizierten Vorschlag schonender Rechnung tragen könnte.

(D)

(Dorn (F.D.P.): Modifiziert?)

- Ich werde ihn gleich erläutern; dann können Sie ja sehen, wie Sie ihn beurteilen. Ich will Ihnen sagen, was dieser Vorschlag beinhaltet: Ich sagte bereits, daß im Gesetzesentwurf eine Märkische Hochschule enthalten ist, allerdings als Abteilung von Dortmund. Wir sind nun der Auffassung, daß wir den Entwicklungen im märkischen Raum dadurch stärker entgegenkommen könnten, daß die Märkische Hochschule selbständig sein sollte.

Präsident Denzer: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Frau Minister Brunn: Ich möchte den Vorschlag zunächst im Zusammenhang darstellen; anschließend kann man darüber diskutieren.)

- Ja. Das ist Ihr gutes Recht.

- (A) Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Eine Märkische Hochschule in Iserlohn könnte alle Initiativen und Wünsche in Richtung auf eine Fachhochschule im märkischen Raum in richtiger Weise auf den Entwicklungsschwerpunkt konzentrieren, den diese Fachhochschule jetzt hat. Deswegen hatten wir die Märkische Hochschule im Gesetzentwurf bereits vorgesehen. Allerdings soll sie - dies ist die Veränderung - nunmehr selbständig sein. Der Wunsch, die Hochschule möge selbständig sein, ist vielfach aus der Region gekommen.

Weiterhin soll die Elektrotechnik - das ist ebenfalls eine Modifizierung des Gesetzentwurfs - nicht von Hagen nach Iserlohn verlegt werden, sondern sie soll als Abteilung in Hagen bleiben, damit Hagen ein Fachhochschulstandort mit einem grundständigen Studiengang ist, mit dem grundständigen Studiengang, der die besten Entwicklungsmöglichkeiten hat, nämlich mit der Elektrotechnik.

Präsident Denzer: Frau Ministerin, zwei Abgeordnete möchten eine Zwischenfrage stellen.

(Frau Minister Brunn: Ich wäre Ihnen aber trotzdem dankbar, wenn ich meinen Gedankengang zu Ende entwickeln könnte.)

- (B) - Wenn Sie ablehnen, ist das Ihr gutes Recht, das Sie, wie alle anderen Mitglieder des Hauses auch, in Anspruch nehmen können.

Frau Brunn, (Minister für Wissenschaft und Forschung: Wir sind also für eine Märkische Hochschule mit Sitz in Iserlohn. Ich glaube, Herr Schultz-Tornau, es ist doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Verwaltung da ist, wo auch der Schwerpunkt der Hochschule ist. Deswegen muß der Sitz der Hochschule auch da sein, wo der zukünftige Schwerpunkt ist. Die Abteilung in Hagen soll die Elektrotechnik umfassen.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Ist Ihnen das heute nacht eingefallen?)

- Das fällt mir nicht während der Nacht ein.

Sie soll die Elektrotechnik umfassen, die unter den Studiengängen in Hagen die besten Entwicklungsmöglichkeiten hat. Denn das ist in sämtlichen Anhörungen unbestritten gewesen.

Weiterhin sagen wir, daß beispielsweise das Technologiezentrum, das wir in Kooperation

mit der Fernuniversität entwickeln wollen, am ehesten in das Umfeld der Fachhochschule Hagen gehört, wenn schon ein Abteilungsstandort Hagen der Fachhochschule Hagen besteht, damit hier auch weitere Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten offengehalten werden.

(Widerspruch des Abg. Dorn (F.D.P.))

Wir wollen die Fernuniversität entsprechend den vorgesehenen Aufgaben weiter ausbauen, nämlich Elektrotechnik und Informatik von Iserlohn aus nach Hagen zusammenfassen und in Hagen ausbauen.

(Dorn (F.D.P.): Das wird ja immer schlimmer!)

Jetzt sage ich Ihnen etwas zu der Frage, die natürlich legitim ist, welche Vor- und Nachteile dieser Vorschlag gegenüber dem Vorschlag hat, den wir zunächst favorisiert haben und den ich als besten Vorschlag gekennzeichnet habe; diesen modifizierten Vorschlag halte ich für den zweitbesten. Die Einrichtung der selbständigen Märkischen Hochschule ist ein Vorteil dieser Lösung. Aus meiner Sicht ist ein gewisser Nachteil, daß eine vergleichsweise kleine Hochschule entsteht. Darauf hat Herr Schultz-Tornau in der Debatte durchaus hingewiesen. Aber ich sage Ihnen: Beispielsweise bei den Kunsthochschulen haben wir noch kleinere Hochschulen eingerichtet - mit Ihrer Unterstützung und auf Ihren Wunsch hin. Was für die einen gilt, braucht für die anderen nicht zwingend abzulehnen zu sein. Aus Sicht der Landesregierung sehe ich darin einen Nachteil, daß eine solche Regelung Kosten verursacht. Sie ist tatsächlich teurer als die Lösung, die wir zunächst vorgelegt haben. Das muß man in der gegenwärtigen Finanzsituation durchaus auch berücksichtigen.

Ein Problem sehe ich auch darin - das will ich Ihnen auch ganz offen sagen -, daß die Elektrotechnik Erneuerungsbedarf hat, den sie möglicherweise in Kooperation mit den anderen Studiengängen am selben Ort in Iserlohn hätte besser leisten können. Wenn aber die Region, die Wirtschaft selbst sagt, wir wollen Elektrotechnik gern in Hagen haben, dann ist das auch eine Möglichkeit, von den Angeboten Gebrauch zu machen, nicht nur den Raumangeboten der Stadt Hagen, sondern auch den Angeboten aus der Wirtschaft, dann auch die Elektrotechnik zu unterstützen und entwickeln zu helfen.

Ich sage in aller Klarheit: Wenn der Landtag diesem Vorschlag folgen kann, dann werde ich jedenfalls meinen Beitrag dazu leisten, daß

(C)

(D)

(Frau Minister Brunn)

- (A) diese Standorte in Iserlohn und Hagen und vor allen Dingen die Entwicklungsmöglichkeit der Märkischen Hochschule gewährleistet sind. Denn wir wollen hier keine halben Sachen, sondern wir wollen ganze Sachen machen.

(Zurufe von CDU und F.D.P. - Elfring (CDU): Das ist etwas ganz Neues!)

Und wenn es nicht zur besten, sondern zur zweitbesten Lösung kommt, dann soll diese aber auch tragfähig und vernünftig entwickelt werden. Deshalb bitte ich Sie, diesem modifizierten Vorschlag, den die Region, denke ich, besser unterstützt, zu folgen. Ich wäre auch sehr dankbar, wenn der Landtag vor allen Dingen die Märkische Hochschule mit einer guten Zukunft versähe.

(Beifall bei der SPD - Elfring (CDU): Husch, husch!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Ministerin. Sie haben mit wissenschaftlicher Akribie genau die Zeit eingehalten.

Als nächster Redner hat Herr Abg. Dr. Fischer von der Fraktion der CDU das Wort.

(Elfring (CDU): Der beantwortet jetzt die Zwischenfragen.)

- (B) - Ich will hier kein Mißverständnis aufkommen lassen, auch im Hinblick auf unsere Zuhörer: Es ist das gute Recht jeden Redners, Zwischenfragen abzulehnen. Dies ist nicht zu mißbilligen. Diese Entscheidung trifft der jeweilige Redner. Das ist sicherlich für manchen ärgerlich; aber ich bitte dafür um Verständnis.

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Fischer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allerspätestens seit dem Hochschuländerungsgesetzentwurf steht die Hochschulpolitik der Wissenschaftsministerin im Zentrum der Kritik. Noch nie stand die Hochschulpolitik dieses Landes so negativ in den Schlagzeilen wie jetzt unter Ihrer Verantwortung, Frau Brunn.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Noch nie war die Unzufriedenheit an unseren Hochschulen in Nordrhein-Westfalen so groß. Noch nie sind in diesem Lande solch starke Eingriffe in die Hochschulautonomie geplant worden. Noch nie hat es solche Einschnitte im Hochschulbereich gegeben wie jetzt unter Ihrer Verantwortung, Frau Brunn. Und noch nie haben Professoren, wissenschaftliches

- (C) Personal und Studenten so einmütig und in solchem Maße gegen die Politik der Wissenschaftsministerin protestiert und Proteste für die Zukunft angekündigt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, trifft man an unseren Hochschulen auf zunehmende Unsicherheit. Und das ist eine alles andere als wissenschaftsfördernde Atmosphäre.

Meine Damen und Herren! Seit langer Zeit ist klar, daß im Hochschulbereich nur noch die Gesamtzahl der Studenten wächst, daß aber eine Expansion in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen nicht mehr zu erwarten ist. Wir wissen schon lange, daß Kürzungen und Umschichtungen die bitteren Folgen eines immer größer werdenden Haushaltsdefizits in Nordrhein-Westfalen sind.

Um in dieser schwierigen Situation Klarheit zu gewinnen, hat die CDU-Fraktion 1986 die Vorlage eines Hochschulstrukturgesetzes verlangt, damit das Parlament auf der Grundlage eines Gesamtkonzepts zu möglichst vernünftigen und überzeugenden Lösungen kommen kann. Ich kann heute feststellen - man kann es gar nicht oft genug wiederholen -: Ein solches Gesamtkonzept liegt bis heute nicht vor.

(Beifall bei der F.D.P.)

- (D) Das 93-Seiten-Papier und der Sprechzettel der Ministerin bei der Pressekonferenz können doch allen Ernstes nicht einmal beim Anlegen bescheidenster Maßstäbe als Gesamtkonzept gewertet werden.

(Zustimmung des Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.))

Erfreulich ist, daß unter dem Druck der Oppositionsparteien, des Hearings und auch der SPD-Fraktion - das stelle ich dankbar fest - mancher unvernünftige Plan fallengelassen wurde. Von dem ursprünglichen Hochschuländerungsgesetz ist fast nichts mehr übriggeblieben. Lediglich an der Schließung der Fachhochschule Hagen hat die Wissenschaftsministerin bis zuletzt festgehalten. Aus dem Hochschuländerungsgesetz ist eine traurige Ruine "Lex Hagen" geworden.

Meine Damen und Herren, nach menschlichem Ermessen schlagen wir heute wohl das letzte Kapitel der selbständigen Fachhochschule Hagen auf, und die Abstimmung am Freitag wird der endgültige Schlußpunkt unter ein trauriges Kapitel nordrhein-westfälischer

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) Hochschulpolitik sein. Meine Fraktion hält die Schließung der Fachhochschule Hagen nach wie vor für überflüssig und hochschulpolitisch für sinnlos.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bereits 1982 hat sich die Landesregierung auf nachweislich falsche Prognosen verlassen und der Fachhochschule Hagen zwei blühende Fachbereiche genommen. Damit wurde eindeutig die Konkurrenzsituation zu benachbarten Hochschulen verschlechtert. Dennoch hat sich die Hagener Hochschule gut gehalten und weist heute deutlich wachsende Studentenzahlen auf. Der Hinweis, den die Wissenschaftsministerin soeben wiederholt hat, die Fachhochschule Hagen lebe doch nur von Zuweisungen durch die ZVS, ist ganz einfach unredlich. Wer allein die Bewerberzahl zum Maßstab nimmt, müßte andere Hochschulen vor Hagen schließen. Das ist die Tatsache.

(Elfring (CDU): Hört, hört! - Frau Friebe (SPD): Welche denn?)

Die Wissenschaftsministerin sollte ohnehin endlich aufhören, Hochschulpolitik vorwiegend unter quantitativen Gesichtspunkten zu betreiben. Die Ausbildungsqualität kleinerer überschaubarer Einheiten wird dabei bewußt übersehen. Diese Ausbildungsqualität der Fachhochschule Hagen ist unbestritten.

(B)

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung strich 1982 aufgrund einer fehlerhaften Prognose die zukunftssträchtigen Fächer Maschinenbau und Wirtschaft, die mittlerweile an allen Hochschulstandorten überlastet sind. Diese unübersehbare und spürbare Benachteiligung wurde aber nicht etwa von der Landesregierung durch besondere Investitionen ausgeglichen; die Landesregierung tat genau das Gegenteil: In den letzten 15 Jahren hat das Land Nordrhein-Westfalen für die 11 Fachhochschulen insgesamt 500 Millionen DM ausgegeben, für die Fachhochschule Hagen mit 5 Millionen DM nur genau 1 %. Das heißt, die Fachhochschule Hagen ist erkennbar benachteiligt worden.

Nur ein kleiner Teil der Aufmerksamkeit, die das Land heute der Region unter dem Druck aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte schenkt, nur ein Teil der finanziellen Mittel, die man heute zu investieren verspricht, hätte große Wirkungen gezeigt.

Aber, meine Damen und Herren, die Fachhochschule Hagen hatte nie eine faire Chance. Zeitweilig hat die Gewerbeaufsicht eine Nutzung der großen Maschinenhalle untersagt, weil durch das Hereinregnen Studenten und

Professoren nur unter Lebensgefahr an den Maschinen arbeiten konnten. Aber selbst bei solch katastrophalen Zuständen hat die Landesregierung nichts unternommen und die Hochschule alleingelassen. Dennoch hat die Hochschule weiter gearbeitet, und ich meine, sie hat unter ungewöhnlich schlechten Bedingungen außergewöhnlich gute Erfolge verzeichnet. Ich möchte der Hochschule dafür heute ganz herzlich danken.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist um so anerkennenswerter, daß sich die Hochschule seit 1975 immer wieder um zahlreiche neue Studienangebote und Forschungsschwerpunkte bemüht hat - ich füge hinzu: um höchst bedeutsame und zukunftsweisende Studiengänge wie z. B. Regenerative Energietechnik und Bauen im Umweltschutz. Aber fast alle wurden vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung abgelehnt. Die Liste der Ablehnungen durch das Ministerium liest sich wie eine Hitliste der Verweigerungen. Da drängt sich mir der Verdacht auf, als wäre schon sehr früh die Auflösung der Fachhochschule Hagen ins Visier genommen worden.

Hier wurden Eigeninitiativen der Hochschule geradezu abgewürgt. Insofern sind, Herr Kollege Kniola, die Ausführungen, die Sie hier wiederholt gemacht haben, falsch. Sie meinten, die Fachhochschule sei zu dem, was im Interesse der Region erforderlich gewesen wäre, nämlich innovative Angebote zu machen, nicht gekommen. Tatsache ist demgegenüber: Die Hochschule hat immer wieder neue innovative Angebote gemacht; nur, das Wissenschaftsministerium hat sie nicht gelassen. Das ist die Wahrheit. Ich stelle fest, meine sehr verehrten Damen und Herren: Benachteiligungen unterschiedlichster Art haben die Fachhochschule Hagen in ihrer Arbeit stark behindert. Gleichwohl hat sie gute Ausbildungserfolge zu verzeichnen.

Mit der Schließung der Fachhochschule Hagen wird vom Wissenschaftsministerium das Prinzip der Regionalisierung zur Disposition gestellt. Die Märkische Fachhochschule ist für mich ein Etikettenschwindel und wird in einigen Jahren - so meine Prophezeiung - von dem Moloch Dortmund verschluckt; darauf halte ich eine Wette, Herr Kollege Kniola. Daran ändert auch der heutige Änderungsantrag Ihrer Fraktion gar nichts.

Es ist einfach nicht zu betreiten: Die Schließung dieser Fachhochschule - oder was man auch von ihr übrig läßt - ist eine unverantwortliche strukturverändernde Rationalisierungsmaßnahme. Sie bedeutet für

(C)

(D)

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) die Stadt und die Region einen nicht zu ersetzenden Verlust an Vielfalt und Attraktivität des Bildungsangebots; von der wirtschaftlichen Seite möchte ich gar nicht reden.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist die Schließung der selbständigen Fachhochschule der hochschulpolitische Offenbarungseid dieser Wissenschaftsministerin. Der vorliegende Änderungsantrag der SPD ist keine Verbesserung und stellt nichts anderes als ein Sterben in Raten dar. Dies lehnt meine Fraktion mit Entschiedenheit ab.

Die Versprechungen der Wissenschaftsministerin für die Fernuniversität liefern mir das letzte Stichwort, meine sehr verehrten Damen und Herren. 1982 versprach der damalige Wissenschaftsminister Hans Schwier wörtlich:

Unter der Verantwortung dieser Landesregierung wird es keine weiteren Strukturveränderungen an der Fachhochschule Hagen geben.

Das Hochschuländerungsgesetz auch mit der heute vorgelegten Änderung stellt eine massive Verschlechterung dar, die von meiner Fraktion nicht mitgetragen werden kann. Die CDU-Fraktion - dies macht sie in ihrem Entschließungsantrag deutlich - will die traditionsreiche Fachhochschule in Hagen auf Dauer in ihrer Existenz gesichert und in ihrer Weiterentwicklung gestärkt wissen.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von dem Schriftsteller Alexander Kluge stammt der weise Satz: "Das Nachdenken beginnt immer erst, wenn etwas verloren ging." - Ich habe auch jetzt noch ein kleines Fünkchen Hoffnung, daß sich dieser resignative Satz für die Fachhochschule Hagen nicht bewahrheiten wird.

Der Chefredakteur der "Westfalenpost" schrieb heute:

Die Abgeordneten der Regierungspartei, wenn sie für oder gegen die Fachhochschule die Hand heben, müssen wissen, daß ein Todesurteil in der Stadt Fritz Steinhoffs und der Region als ein bitteres Unrecht empfunden wird.

Dem kann ich nichts hinzufügen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Kniola das Wort.

Kniola (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da wir uns darauf verständigt haben, den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion erst in der dritten Lesung des Gesetzentwurfs zu behandeln, will ich heute dazu nicht Stellung nehmen.

Herr Präsident, ich möchte namens meiner Fraktion auf einen Druckfehler in der vorliegenden Drucksache aufmerksam machen. Irrtümlicherweise sind am Ende der Drucksache 10/2984 noch die beiden Sätze "Artikel IV wird gestrichen. Die Artikel V und VI werden Artikel IV und V." aufgeführt. Das entspricht nicht unserem Antrag. Ich bitte das entsprechend zu korrigieren.

(Dautzenberg (CDU): Das ist so, wenn man nicht ausführlich berät!)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, darf ich noch einmal nachfragen? Denn das ist ja wichtig für die Abstimmung.

(Diegel (CDU): Könnten wir das nicht vielleicht im Ausschuß klären?)

- Nein, Herr Abgeordneter, es ist schon klar. Es besteht kein Mißverständnis mehr zwischen dem Präsidium und der antragstellenden Fraktion.

Sie haben weiterhin das Wort, Herr Abg. Kniola.

Kniola (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident, daß Sie das geklärt haben.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- Wenn menschliche Unzulänglichkeiten, vor denen niemand gefeit ist, in der Landtagsverwaltung einmal ein unglückliches Ergebnis haben, kann man das nicht einer Fraktion anlasten, Herr Kollege.

Lassen Sie mich dann etwas zu Minden sagen. Die Abteilung Minden soll nach unser aller Willen weiterhin der Fachhochschule Bielefeld zugeordnet bleiben. Die Zukunft dieses Standorts der Fachhochschulabteilung hängt allein von dem Wahlverhalten der Studenten ab. Sie werden entscheiden, ob dieser Standort eine Zukunft hat. Sie werden aufgrund der vielleicht auch neu zu konzipierenden Studienangebote - wir stehen dem offen gegenüber - darüber entscheiden, ob hier wirklich ein attraktives Angebot vorhanden ist. Weil es auch im Ausschuß eine kurze Diskussion darüber gab, muß ich klar und deutlich sagen: Da wir nicht mehr zu einer übergeordneten Fachhochschule Weser/Lippe finden, können wir dann natürlich nicht

(C)

(D)

(Kniola (SPD))

- (A) mehr Studentenströme zwischen den verschiedenen Standorten in Ostwestfalen umleiten. Wir sind auf die Attraktivität des Standortes selbst angewiesen. Aber, meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., ich sage noch einmal sehr nachdrücklich, was ich auch im Ausschuß namens meiner Fraktion gesagt habe: Wir werden nicht in irgendeiner Weise Neustrukturierungsbemühungen, Attraktivitätsbemühungen des Standortes Minden hinderlich im Wege stehen. Wir werden nicht stellenreduzierend oder anders eingreifen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Das sage ich ganz klar und eindeutig. Aber auch das sollte unter uns unmißverständlich klar sein: Wird ein Standort nicht von Studenten angenommen, kann auch die beste Politik ihn nicht aufrechterhalten. Ich meine, es ist ein Gebot der Fairneß, auch das hier klar und deutlich auszusprechen.

(Dr. Posdorf (CDU): Aber bitte in dieser Reihenfolge!)

- Herr Kollege Posdorf, ich habe es in dieser Reihenfolge vorgetragen. Ich glaube, das war unmißverständlich.

Dann möchte ich als nächstes, Herr Kollege Schultz-Tornau, einen Satz von Ihnen aufgreifen. Er hat mich etwas geschmerzt. Sie haben uns vorgeworfen, daß wohl einige Kollegen der SPD-Fraktion bei der letzten Abstimmung, die wir in der Fraktion hatten, nicht wußten, worüber sie abstimmten.

(B)

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Heute morgen!)

Ich muß mich sehr nachdrücklich für alle meine Fraktionskollegen gegen diese Unterstellung verwahren. Ich muß das sehr klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, daß wir in der Fraktion in einer hochschulpolitischen Frage noch nie so lange und im Detail gestritten haben, mit allen Einzelheiten und allen Verästelungen. Und ich darf sagen: Dies ist wirklich etwas, was alle Kollegen in der Fraktion bewegt hat, sie berührt hat. Sie wußten wirklich, was die Entscheidung in der Fraktion bedeutet.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schultz-Tornau zu?

(Kniola (SPD): Dazu nicht, sonst ja!)

- Auch dies ist möglich. Sie haben weiterhin das Wort. (C)

Kniola (SPD): Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, daß das, was wir heute in zweiter Lesung behandeln, Bestandteil eines umfassenden Konzeptes ist. Frau Ministerin Brunn und auch Kollege Rudolf Apostel haben darauf hingewiesen, daß das Konzept, was ja ohne Zweifel erforderlich ist - Umstrukturierung im Hochschulwesen -, aus Verfahrensgründen in unterschiedliche Abschnitte gegliedert werden muß: auf der einen Seite die Regelungen, die gesetzlich zu vollziehen sind - mit denen haben wir es heute zu tun -, dann die Dinge, die durch Rechtsverordnung zu geschehen haben - diese sind nach der Beschlußfassung in der Landesregierung im parlamentarischen Verfahren -, und schließlich das, was im Rahmen des Haushaltes unter dem Stichwort "AUSDÜNNEN" zu erfolgen hat.

Wir alle wissen, daß wir es mit drei großen Komponenten zu tun haben. Die erste Komponente sind die demographischen Veränderungen, die natürlich auch am Hochschulbereich nicht vorbeigehen, sondern ihn wie den gesamten Bildungsbereich sehr stark betreffen.

Wir haben es zweitens - und das ist eine genauso wichtige Komponente - zu tun mit großen Veränderungen aus dem Bereich von Wissenschaft, aus der Gesellschaft heraus, zur Frage von künftigen Verwendungsmöglichkeiten beispielsweise in der Wirtschaft, die ja diejenigen jungen Menschen, die künftig in den Hochschulen ausgebildet werden, verwenden können muß. Wir können doch nicht auf Qualifikationen hin ausbilden, die anschließend nicht auch in berufliche Tätigkeiten münden können. Ich bitte Sie, das alles mit zu bedenken, auch bei dem, was noch an schwierigeren Dingen vor uns steht. (D)

Wir wissen alle, daß das, was gleich in zweiter Lesung zu entscheiden ist, ein winziger Teil des Gesamtpaketes ist. Die Rechtsverordnung ist in der Quantität viel umfangreicher, und das, was dann beim AUSDÜNNEN passiert, wird noch sehr viel umfangreicher sein.

Ich sage weiter ganz klar und deutlich: Dies alles - und das ist die dritte Komponente - geschieht im finanziellen Rahmen des Landes. Ich kann die Kollegen von der CDU-Fraktion überhaupt nicht verstehen, die hier immer wieder sehr deutlich ihre Position vertreten, die Ausgaben des Landes müßten gesenkt werden. Ja, dann müssen Sie auch den Mut haben, noch sehr viel deutlicher, als es hier

(Kniola (SPD))

- (A) geschieht, zu sagen: An den und den Stellen soll bitte noch mehr eingespart werden! Man kann nicht dann, wenn es konkret wird, der Einforderung, das hier zu benennen, ausweichen. Das können wir von Ihnen nicht akzeptieren!

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Posdorf zu?

(Kniola (SPD): Ja. - Schultz-Tornau (F.D.P.): Das schmerzt mich aber!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Posdorf (CDU): Herr Kollege Kniola, seien Sie bitte so freundlich, allen Kollegen hier zu bestätigen, daß wir im Ausschuß immer gesagt haben, daß wir auch unseren Kopf für Maßnahmen hinhalten werden, die auf regionalen Widerstand stoßen, sofern sie sich in den Rahmen eines schlüssigen Gesamtstrukturkonzepts einreihen lassen. Dies ist bisher nicht erkennbar. Es ist bisher weder in den Maßnahmen erkennbar, die Sie bis jetzt getroffen haben, noch in denen, die folgen sollen.

(Dr. Farthmann (SPD): Machen Sie doch mal Vorschläge!)

- (B) Kniola (SPD): Schon Ihre erste Nagelprobe bezüglich der Gültigkeit Ihrer eigenen Aussage bestehen Sie nicht! Umstrukturierung heißt, daß wir Stellen gewinnen wollen, um neue Studiengänge, neue Forschungsschwerpunkte zu setzen, um den notwendigen Ausbau endgültig zu vollziehen. Dies alles wird am Ende natürlich von Beifall, auch von örtlichem Beifall begleitet sein. Ich sage Ihnen: Eigentlich hätte nur derjenige das Recht, diesen Beifall einzuheimsen, der auch bereit ist, die Pfiße aus den Regionen bei den Sparmaßnahmen auf seinen Buckel zu nehmen. Dem weichen Sie aber hier aus, das sage ich ganz klar und deutlich!

(Dr. Posdorf (CDU): Es war doch eine Frage, Herr Kollege!)

Wer hier, wie Kollege Schultz-Tornau es getan hat, etwas einfordert, was über das Jahr 1992 hinausreicht, sagt doch, daß er in der Lage ist, heute schon endgültig beurteilen zu können, wo denn die Finanzreise des Bundes hingeht. Der Bund setzt doch dem Land den entscheidenden Finanzspielraum, der uns in allen Maßnahmen der Landespolitik einengt und einzwängt. Das müssen wir doch sehen!

Herr Kollege Schultz-Tornau, wir wissen doch, daß wir im Moment nur für einen begrenzten Zeitraum Aussagen machen können. Wir haben auch nur ein begrenztes Mandat. Wir wissen aber, daß wir Grundpositionen haben, die übereinstimmen, nämlich die Grundposition, daß wir dem Hochschulbereich so lange keine Stellen entziehen wollen, wie wir nach wie vor die große Last der Studienanfängerzahlen haben. Das ist eine unstrittige Grundposition; sie sollte hier nicht in Frage gestellt werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Schultz-Tornau, nicht nur der Finanzrahmen wird eine Rolle spielen, sondern auch die Frage: Wie hoch wird denn tatsächlich die Übergangsquote sein? Wie hoch wird tatsächlich die Zahl der Studienbewerber sein? Das wissen wir heute alle noch nicht. Wir gehen von bestimmten Annahmen aus. Jeder muß sagen: Das sind Plausibilitätsberechnungen. Dafür, daß das wirklich so eintritt, hat keiner von uns eine Garantie. Ich bitte, daß Sie nicht mehr einfordern, als wir alle gemeinsam tatsächlich einhalten können.

Lassen Sie mich nun als fünftes zu dem kommen, was für Hagen vorgeschlagen ist. Zunächst einmal teile ich nicht völlig das, was die Ministerin in bezug auf die zweitbeste Regelung gesagt hat. Ich sage das klar und deutlich. Ich persönlich hatte eine andere Meinung, die ich in Hagen offensiv vertreten habe.

(Diegel (CDU): Wenigstens haben Sie es getan - im Gegensatz zur Ministerin!)

Wir haben nach einem langen und schwierigen Diskussionsprozeß in der eigenen Fraktion einen Kompromiß gefunden, den ich persönlich für gut und für sachdienlich halte. Er ist aus meiner Sicht tragfähig für die Hochschulzukunft in der märkischen Region. Auch das muß ich hier klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Der wesentliche Inhalt ist nicht nur das, was in den Paragraphen steht. Wir wollen die völlig unbestritten gute Fachhochschulabteilung in Iserlohn mit ihren hoch nachgefragten, inhaltlich akzeptierten und von der Wirtschaft in vielen Technologietransferaktivitäten einbezogenen Studiengängen behalten und ausbauen. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen. Es macht doch Sinn, daß wir den Sitz dorthin verlagern, weil es die größere Einheit ist. Das ist völlig unstrittig gewesen. Es war das Petitum in allen Anhörungen und in der Diskussion, in Hagen

(Kniola (SPD))

- (A) einen oder zwei technisch orientierte Studiengänge zu haben. Auch das war völlig unstrittig. Wir haben betont: Jawohl, wir wollen, daß in Hagen Technik künftig fachhochschulmäßig an einer eigenen Abteilung der Märkischen Fachhochschule studiert werden kann. Das macht einen Sinn. Das ist kein billiges Entgegenkommen gegenüber einer anders nicht disziplinierbaren Minderheit.

Ich kann nur sagen: Völlig rund wird die Sache erst, wenn man auch das weiß, was zwar nicht Gegenstand des Gesetzes ist, was wir aber im übrigen in der Fraktion mitgeschlossen haben. Wir gehen klar davon aus, daß die Stadt Hagen wegen dieser Abteilung der Fachhochschule weiterhin zu ihrem Raumangebot steht, damit dort wirklich zukunftssträftig ausgebaut werden kann. Das soll nicht nur auf den Studiengang Elektrotechnik beschränkt sein, sondern weitere Aktivitäten ermöglichen. Ein einzelner Studiengang trägt sich nicht. Es müssen weitere Aktivitäten dazukommen.

Ich will eine kleine Anmerkung zu Ihrem Entschließungsantrag machen. Herr Kollege Posdorf und die übrigen Damen und Herren der CDU-Fraktion, nicht wir Politiker und kein politisches Gremium können Studiengänge beschließen und installieren. Das muß aus der Hochschule und aus der Wissenschaft selbst heraus entwickelt werden. Wir können sie am Ende nur akzeptieren und ausstatten. Das wird im Rahmen der Haushaltsberatungen zu realisieren sein.

(B)

Ich weiß, daß es diese Angebote und diese Vorschläge gibt, aber ich bitte um Verständnis, daß wir das nicht im Rahmen einer Beschlußfassung des Landtages machen können, sondern daß es den üblichen Weg gehen muß: Haushaltsberatung, Ausstattung und so weiter.

Herr Kollege Diegel, Sie hatten sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Präsident Denzer: Herr Abg. Diegel von der Fraktion der CDU möchte eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie das?

(Kniola (SPD): Ich gestatte das!)

- Bitte, Herr Kollege Diegel!

Diegel (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. - Auch wenn ich zugeben muß, Herr Kniola, daß ich mich lieber weiter mit Frau Robels unterhalten hätte, möchte ich doch zu meiner Zwischenfrage kommen. Herr Kollege Kniola, habe ich Ihre Ausführungen - und das ist wichtig für unsere Hagener Region - richtig

verstanden, daß die Landesregierung mit ihren Bemühungen um die Abteilung Hagen Hagen insofern nicht im Stich läßt, als dort weitere Fachbereiche erwünscht sind, daß nicht nur der Fachbereich Elektrotechnik dort seinen Standort finden soll, sondern auch weitere zukunftsorientierte Fachbereiche in Hagen angesiedelt werden?

(C)

Kniola (SPD): Sie haben den Begriff Fachbereich völlig untechnisch angesprochen; es geht um einen weiteren Studiengang.

(Beifall bei der SPD)

Ein Zweites haben wir im Rahmen unserer Fraktion besprochen. Es gehört in meiner Sicht genauso konsequent dazu. Wir wollen den personellen Ausbau der Fernuniversität in den Bereichen Informatik und Elektrotechnik fortsetzen, indem dafür 45 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Als drittes - das macht die Sache insgesamt rund - soll das Raumangebot an der Haldener Straße für die Zwecke der Fernuniversität genutzt werden. Entsprechende Umplanungen haben wir im Rahmen der Beratungen zum 18. Rahmenplan vorzunehmen.

Ich glaube, wenn man diese drei Ergänzungen sieht, erkennt man, daß das mehr ist, als der nackte Gesetzestext hergibt.

Es ist gerade vom Kollegen Fischer - er ist damit nicht der erste, sondern das ist auch in den öffentlichen Diskussionen betont worden - das Lob der kleinen Einheit gesungen worden. Er hat die Ausbildungsqualität der kleinen, überschaubaren Einheit sehr betont. Die Märkische Fachhochschule mit ihren Studienangeboten in der Abteilung Iserlohn sowie der Abteilung Hagen einschließlich dessen, was in Hagen als zusätzlicher Studiengang noch zu entwickeln sein wird, bildet genau die von Ihnen gelobte kleine, überschaubare Einheit. Ich denke, daß der sachliche Teil Ihrer eigenen Argumentation eigentlich das unterstützt, was wir hier als Gesetzesantrag vorgelegt haben.

(D)

Präsident Denzer: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Herr Abgeordneter?

Kniola (SPD): Ich möchte gerne in meiner Rede fortfahren. - Es bedarf einer weiteren Konkretisierung, weil man, wenn man die ökonomische, ökologische und soziale Erneuerung eines Landes im Blick hat, nicht nur die 167jährige Tradition betrachten darf, sondern nach vorne gerichtet handeln muß. Deswegen muß ich fragen: Was ist denn in Iserlohn noch geplant? Die Sitzverlagerung ist

(Kniola (SPD))

- (A) nicht der entscheidende Punkt. Wir wollen, daß der Fachhochschulstandort Iserlohn, der dann auch über die gewünschte Selbstständigkeit verfügt, eine Zukunft hat. Wir wollen, daß die Bereiche Korrosionsschutz und Kunststofftechnik dort ausgebaut werden. Sie wissen, daß dafür sowohl zusätzliches Personal als auch zusätzliche Räume erforderlich sind, was wir durch die Zusammenfassung der Elektrotechnik bei der Fernuniversität in Hagen gewinnen können.

(Diegel (CDU): Meinen Sie nicht, daß das jetzt auch ginge?)

Gerade die Kunststofftechnik ist, weil es in Lüdenscheid Firmen gibt, die auf Technologietransfer angewiesen sind, unbedingt erforderlich.

Lassen Sie mich darüber hinaus ansprechen, was auf dem Feld des Technologietransfers erforderlich ist. Wir wollen - das hat Frau Ministerin als Wille der Landesregierung hervorgehoben, und ich unterstreiche es nachdrücklich als Wille der Fraktion -, daß an beiden Standorten der Technologietransfer ausgebaut wird, daß die Märkische Fachhochschule in Iserlohn eine eigene Transfereinrichtung hat und daß es in Hagen eine über den Bereich der Fachhochschulstudiengänge hinausgehende Technologietransfereinrichtung für die Stadt und die Region Hagen gibt.

- (B) (Diegel (CDU): Das geht doch jetzt auch! Dafür brauchen Sie keine Umbenennung!)

Jede Einrichtung spricht also eine andere Region und dort ansässige Firmen an.

Der entscheidende Punkt der regionalen Diskussion betrifft die Frage der Innovation in den Bereichen der Wirtschaft und nicht die Frage, ob es entsprechende Studienangebote gibt, denn man wird ganz klar und deutlich sagen können: Für die vier entfallenden Studiengänge gibt es in erreichbarer, vertretbarer Nähe genau die gleichen Studienangebotsangebote. Es ist doch nicht so, als handelte es sich um einen am Rande des Landes liegenden Bereich, der anders nicht mit Studienplätzen versorgt würde.

(Diegel (CDU): Warum schließen Sie dann die Fachbereiche der großen Fachhochschulen nicht?)

In allen Diskussionen ist doch klar und deutlich gesagt worden, daß der von Studiengängen ausgehende Innovationsschub, die innovative Wirkung für die Wirtschaft das eigentlich Entscheidende ist. Der regionale

- (C) Technologietransfer ist das, was wir hier auch als ein positives, auf Arbeitsplätze hin orientiertes Signal für die Region brauchen.

Lassen Sie mich doch klar und deutlich die Frage stellen: Ist denn jemand - auch von den Oppositionsfraktionen - im Saal, der ernsthaft behauptet, daß dieser gewollte und gewünschte Innovationsschub von den vier jetzt eingestellten Studiengängen ausgeht? Das glaubt doch hier wohl ernsthaft niemand!

(Zustimmung bei einigen Abgeordneten der SPD - Dr. Posdorf (CDU): Das hat auch niemand gesagt! Das ist Sophismus, was Sie betreiben!)

- Vielen Dank. Ich bin noch nie so dankbar für einen Zwischenruf gewesen wie für diesen, Herr Kollege Dr. Posdorf, mit dem Sie jetzt als wissenschaftspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion klarstellen, daß Sie das nicht gesagt haben, daß Sie also nicht für den Erhalt der vier Studiengänge kämpfen. Das will ich ausdrücklich festhalten.

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Posdorf (CDU): Das ist wieder Sophismus!)

Lassen Sie mich nunmehr den Blick nach vorne richten. Ich weiß, daß es schwer ist, sich von einer tradierten, mit guten Traditionen - ich sage das ausdrücklich - versehenen Einrichtung zu trennen, von Studiengängen, die unstrittig auch ihre Erfolge in der Region haben. Das bezweifelt und bestreitet hier niemand. Das ist schwierig; das fällt auch den Sozialdemokraten nicht leicht. Wir haben darum gerungen. Aber wir haben den Mut, unseren Blick nach vorne zu richten.

(Dr. Pohl (CDU): Augen zu und durch!)

Deshalb betone ich als unser Hauptkonzept: Wir müssen mit dieser Umstrukturierung im sachlichen, baulichen und im personellen Bereich - wir müssen die Stellen, die wir einrichten wollen, gewinnen - unser Augenmerk auf die Fernuniversität, auf die technisch orientierten Studiengänge und Forschungsbereiche der Fernuniversität richten.

Lassen Sie mich zur Fernuniversität noch einige wenige Sätze sagen. Die Elektrotechnik ist im Augenblick auf drei Standorte verteilt, nämlich auf den Standort Iserlohn und zwei Standorte in Hagen; schon für ein Fach alleine ein unmöglicher Zustand. Die Informatik ist in Hagen selbst auf drei Standorte verteilt. Die Verantwortlichen für den Fachbereich Informatik kommen mit den räumlichen Kapazitäten weder hinten noch vorne zurecht.

(D)

(Kniola (SPD))

- (A) Wir können Bleibeverhandlungen nicht erfolgreich führen, weil wir nicht sagen können, wo wir die Labors denn ausbauen wollen. Wir können keine neuen Professoren gewinnen, weil wir uns nicht in der Lage sehen zu sagen, woher das Folgepersonal kommen soll. Wir können keine Abrundung der Fächer betreiben, die hochgradig nachgefragt sind, weil wir dafür nicht die zusätzlichen Stellen haben. Wir müssen diese Stellen durch Umstrukturierungen, die auch den Standort Hagen betreffen, gewinnen. Wir können die Raumprobleme, glaube ich, nicht auf andere Weise lösen.

Lassen Sie mich noch hinzufügen: Es geht nicht nur um Studienbewerber, um das, was die Fernuniversität für Teilzeit- und Vollzeitstudenten anbietet. Sie alle wissen, daß wir es gerade in diesem Bereich in großem Maße mit Weiterbildungsangeboten zu tun haben. Bei der Elektrotechnik geht es vor allen Dingen um den Bereich, der sich sozusagen auf der Schnittstelle - das ist ein Begriff, den man hier gern einmal benutzen kann - zur Informatik befindet. Es geht um den Bereich, der gerade auch von der Wirtschaft vielfältigst für Weiterbildungszwecke nachgefragt wird. Natürlich muß man die Studienbriefe bezahlen. Wir bieten hier doch keine Weiterbildung für die Wirtschaft ohne Entgelt an. Das ist völlig selbstverständlich. Aber es ist ein hochnachgefragtes Angebot, das auch durch die Bundesregierung - Herr Möllemann hat dort einen großen Kongreß dazu veranstaltet - nachdrücklichst unterstützt wird. Nur einen Scheck hat er nicht geschickt. Aber das Herr Möllemann nun einmal so an sich.

(B)

(Zurufe von der SPD)

- Es wäre ganz schön, wenn er die Fernuniversität mit einer besonderen Finanzierung ausgestattet hätte. Aber das hat er nicht getan.

Lassen Sie mich dazu folgendes sagen. Daneben ist in diesem Bereich vor allem Forschung und Technologietransfer von großer Bedeutung. Forschung heißt interdisziplinäre Forschung zwischen diesen Fachbereichen; sie sind vielfältigst miteinander auch in Studiengängen verbunden. Sie sind aber auch mit anderen Studiengängen der Fernuniversität verbunden. Es handelt sich um eine Fülle auch auf die regionale Wirtschaft bezogener Aktivitäten.

Ich will hier ganz zum Schluß meiner Rede, Herr Präsident - ich habe das Zeichen gesehen -, einige kleine Punkte dazu sagen, welche Firmen hier einbezogen sind. Bei der

Firma Bettermann in Hemer wird ein Layout für Leiterplatten angefertigt. Bei Busch-Jaeger werden heimelektronische Systeme durch Forschung begleitet. Bei Insta in Lüdenscheid werden gleichfalls heimelektronische Systeme betreut. Turk in Halver wird unterstützt bei Zuverlässigkeitsuntersuchungen für flächenmontierte Bauelemente. Bei Peddinghaus handelt es sich um die Gesenkschmiede in Ennepetal, bei Hussel um eine Holding in Hagen, bei Demag um den Maschinenbau in Wetter. Die Firmen Varta und Elektromark werden betreut in einem Bereich, der zukunftssträchtig ist, bei der Solartechnik. Es geht darum, daß man nicht immer dann, wenn die Sonne scheint, den Strom auch abnimmt, sondern man muß den Strom speichern können. Es wäre wirklich ein Pfund, wenn wir die Firmen Varta, Elektromark und Siemens in Bergisch Gladbach unter dem Dach der Fernuniversität zusammenbinden und sagen könnten: Wir bieten euch die Stellen, wir bieten euch die Räume, damit ihr für die Zukunft dieses Landes in einem wichtigen Feld etwas leisten könnt.

(C)

Meine Damen und Herren, ich will sagen: Haben Sie den Mut, die Last auf sich zu nehmen, und haben Sie den Mut, sich mit mir für die Zukunft der märkischen Region, der Region Hagen, zu entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

(D)

Ehe ich Herrn Dr. Schaumann für die Fraktion der F.D.P. das Wort erteile, muß ich folgendes ausführen. Nach Herrn Schaumann haben wir noch einen weiteren Redner, Herrn Abg. Mohr für die Fraktion der CDU. Erst dann ist die Redezeit verbraucht.

Ich darf Sie ferner auf folgendes hinweisen, damit bei dem Abstimmungsverfahren keine Mißverständnisse auftreten. Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Ihnen als Drucksache 10/2984 auf dem Tisch liegt, endet nach den Erklärungen, die Herr Abg. Kniola abgegeben hat, auf Seite 2 nach dem Wort "Mönchengladbach". Dies ist das Ende des Antrags. Alles das, was darunter steht, ist ersatzlos zurückgezogen worden.

(Zurufe von der CDU: Und was ist mit der Unterschrift?)

Wir nehmen das jetzt zur Kenntnis. Ich sage Ihnen das, damit keine Verwirrung eintritt.

(Zurufe von der CDU: Die Unterschrift ist auch zurückgezogen? - Schultz-Tornau (F.D.P.): Die Verwirrung ist längst eingetreten!)

(Präsident Denzer)

- (A) - Ob die Verwirrung eingetreten ist, Herr Kollege Schultz-Tornau, stellt der Präsident fest. Für den Präsidenten ist das völlig klar. Unterschriften werden nicht zurückgezogen, sie sind damit nicht betroffen.

Nunmehr hat Herr Abg. Dr. Schaumann für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind froh, Herr Kniola, daß Sie auf weitere Kürzungen im Hochschulbereich erklärtermaßen verzichtet haben und verzichten wollen. Das begrüßen wir. Insofern sind wir einig. Ansonsten trennt uns - das wissen Sie, Herr Kollege - vieles.

Ich möchte, bevor ich mich auf die Frau Ministerin beziehe, nur sagen: Das, was Sie über die Fernuniversitätsprobleme hier erklärt haben, sehen auch wir. Wir sehen zusätzlich die Probleme der Fachhochschule. Nun hat Ihnen die Stadt Hagen, was das Bauliche angeht, einen Vorschlag entwickelt, wie man die Probleme zu dritt lösen könnte.

(Widerspruch von der SPD)

- Sie sagen nein. Natürlich hat sie Ihnen das entwickelt; wir alle haben das lesen können.

- (B) Was die Studiengänge angeht, Herr Kniola, so haben Sie im Laufe Ihrer Rede zum Neuaufbau von Studiengängen geäußert: Das können wir nicht, das müssen die Hochschulen selber tun! Ich stimme darin - wiederum mit Ihnen - überein. Ich wäre nur ganz dankbar, wenn Sie das, was für den Aufbau von Studiengängen gilt, endlich auch für den Abbau oder für die Umstrukturierung von Studiengängen gelten ließen; dann wären wir schon ein ganzes Stück weiter.

(Kniola (SPD): Da bewegen Sie gar nichts!)

- Dann sind wir eben unterschiedlicher Meinung. Ich kann das nicht ändern. Ich kann Ihnen das nur sagen.

(Kniola (SPD): Ich auch!)

Meine Damen und Herren, wir wollen und sollten uns auch nicht unnötig weh tun. Aber ein bißchen muß es heute nach dem, was Frau Ministerin gesagt hat, schon sein. Frau Ministerin, die Sie immer vorgeben, sachlich zu reden, Sie haben heute natürlich wieder polemisch geredet. Ich will Ihnen ausdrücklich sagen, ich halte heute eine polemische Rede und versuche, trotzdem sachlich zu bleiben.

(C) Sie haben meinem Kollegen Schultz-Tornau vorgeworfen, er habe eine unglaubliche Unterstellung vorgenommen. Es gibt vieles, was ich an Ihrer Amtsführung, Frau Ministerin, für unglaublich halte. Ich brauche Ihnen dabei noch nicht einmal etwas zu unterstellen.

Erstens: Es ist unglaublich, wie Sie Anhörungen autonomer Einrichtungen praktizieren. Nach der Devise: Kurz, knapp und damit auch zusammenfassend: Euer Gnaden lassen bitten! So geht man mit Hochschulen nicht um.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zweitens: Es ist unglaublich, welches Ausmaß an Heuchelei Sie demonstriert haben. Zuerst sagten Sie, es wäre keine Zeit, die Hochschulen selbst Vorschläge zur Neustrukturierung entwickeln zu lassen. Sie legten stattdessen Ihr eigenes Konzept vor. Jetzt gibt es bei Ihnen internen Fraktionsstreit und externe Empörung. Heute sollen die Hochschulen nun plötzlich Sachverstand entwickeln. Wir begrüßen diese Ihre Häutungen, zumal Sie, wie ich finde, dieses Sachverstandes auch dringend bedürfen.

Drittens: Es ist unglaublich, wie Sie sich den Oppositionsfractionen gegenüber verhalten. Nach Ihrer Auffassung sind wir ständig dabei, die Hochschulen "kaputtzureden", wie Sie sich auszudrücken belieben. Wir haben Ihnen schon des öfteren gesagt: Es gibt Probleme beim wissenschaftlichen Nachwuchs, es gibt Probleme beim Gerätebedarf, es gibt Probleme in der sonstigen Ausstattung, insbesondere der Bibliotheken, und es gibt Probleme in der baulichen Instandhaltung. Wir haben Ihnen das als Probleme immer wieder benannt. Sie haben dies wiederholt zurückgewiesen. Heute bestätigen Sie uns in dieser Problemsicht ein - ich kann nur sagen - ungewöhnliches Ausmaß an Diskrepanz.

Viertens: Es ist unglaublich, wie Sie uns ständig "Kaputtreden" anlasten, selber aber dabei sind, vieles kaputtmachen.

Fünftens: Es ist unglaublich, welches Ausmaß an Naivität Sie zu produzieren versuchen. Den § 109, der jetzt durch Fraktions- und Ausschußentscheidungen entfallen ist, haben Sie doch ganz bewußt in Ihren Entwurf aufgenommen. Oder muß ich davon ausgehen, daß Sie das Ausmaß rechtlicher Regelungen nicht interpretativ erfassen können?

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Das darf ich doch wohl nicht können. Wenn ich davon nicht ausgehen darf, dann muß ich

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) Absicht unterstellen: die Absicht, Ersatzvornahmen dann treffen zu können, wenn Hochschulen Ihnen nicht konzeptionell zu Diensten sind. Ich finde: ein tolles Verständnis von Hochschulautonomie!

Sechstens: Es ist unglaublich, in welchem Schnellverfahren Sie über Ihre Fraktion die Anhörung zur Rechtsverordnung zur Einstellung von Studiengängen durchpeitschen wollten. Ich kann nur sagen: Gut, daß es den Herrn Ausschußvorsitzenden gibt, und auch gut, daß es den Herrn Präsidenten gibt, der Teile der SPD-Fraktion zu einer vernünftigen Verfahrensweise gebracht hat.

Siebtens: Es ist unglaublich, in welchem Ausmaß Sie sich schönreden wollen. Sie äußern heute hier, Sie hätten drei neue Hochschulen gegründet. Die Wahrheit ist: Sie wollen eine neue Medienhochschule in Köln errichten. Bisher ist das aber lediglich blanker Wille, und die Folgen einer solchen Errichtung sind keinesfalls bedacht. Sie haben dann - das begrüßen wir auch und haben das deutlich gemacht - zugestimmt, die Münsteraner Abteilung der Kunstakademie und das Robert-Schumann-Institut zu verselbständigen. Aber das sind keine Neugründungen, sondern lobenswerte Verselbständigungen, die hoffentlich produktiv sind. Nach dem Entblättern, von dem mein Kollege vorhin gesprochen hat, müssen Sie jetzt offensichtlich neue Blumen suchen.

- (B) Achstens: Es ist unglaublich, Frau Brunn, wie Sie den Geist der Montanrunden, die ja heute morgen schon Thema waren, verfälschen. Ich sage das ganz bewußt. Es wäre doch im Sinne der Modernisierung, die auch Sie ständig im Munde führen, wirklich wichtig, eine Verknüpfung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur eines Raumes herzustellen und einen Raum auch durch ihre Politik, Frau Brunn, wirklich in die Lage zu versetzen, den Aufgaben einer Neustrukturierung des Landes zu entsprechen. Herr Jochimsen sagt zu dem Problem Fachhochschule Hagen leider nichts. Er hat auch bisher nichts gesagt. Ich wünschte mir, er würde endlich etwas sagen. Ich wünschte mir, er würde etwas zur wirtschaftlichen Bedeutsamkeit dieser Hochschule für den märkischen Raum äußern,

(Zustimmung bei der F.D.P.)

damit endlich klar wird, daß nicht nur eine begrenzte Sicht einer sogenannten Wissenschaftsministerin hier zur Leitschnur des Verhaltens wird.

Neuntens: Es ist unglaublich, wie Sie in der Frage Hagen vorgegangen sind. Sie haben

zuerst wider besseres Wissens einen Vorschlag auf Schließung gemacht. Heute nacht sind Sie offensichtlich träumend produktiv gewesen. Denn heute morgen wurden wir mit Ihrem zweitbesten Vorschlag konfrontiert. Wir alle wissen, wie dieser zweitbeste Vorschlag zustande gekommen ist; ich will darüber auch gar nichts weiter erzählen. Ich kann Ihnen nur sagen: Träumen Sie weiter! Vielleicht wird es noch besser, Frau Ministerin, was dann als Ergebnis hier vorliegt.

Zehntens - und damit zum Schluß -: Meine Damen und Herren von der SPD, ich begrüße ausdrücklich, Herr Apostel, Herr Kniola, daß die SPD im Wissenschaftsausschuß und die SPD-Fraktion insgesamt die Wissenschaftsministerin dieses Landes vor manchen dieser Unglaublichkeiten, die im Entwurf schon vorlagen, bewahrt hat. Ich hoffe, verehrte Damen und Herren von der SPD-Fraktion, daß Sie auch bis Freitag Einsicht zeigen, um das zweitbeste Ergebnis der Ministerin zu einem wirklich guten Ergebnis für Hagen zu machen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Mohr für die CDU-Fraktion das Wort.

Mohr (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vertreter Ostwestfalens habe ich nun die Ehre, als letzter - das ist schon fast symptomatisch - zu dieser Problematik zu sprechen. Das Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich greift,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

wie man zunehmend erkennen muß, nicht gestaltend und ordnend, sondern eher willkürlich in die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft ein. Gegenüber den ursprünglichen Planungen haben die Beratungen zu begrüßenswerten Veränderungen geführt. Minden bleibt Abteilung der Fachhochschule Bielefeld, und Höxter ist weiterhin Abteilung der Gesamthochschule - Universität - Paderborn. Der in der Anhörung ebenfalls umstrittene § 109 verliert erfreulicherweise den Buchst. b und sichert damit die Selbständigkeit und notwendigen Freiräume der Hochschulen. Man könnte fast von einem kleinen Erfolgserlebnis sprechen, Herr Kniola.

In der zurückliegenden Diskussion um den Standort Minden war häufig von der Bestandsicherung dieser Abteilung durch die Zuführung zur Fachhochschule Lippe die Rede. Erfreulicherweise haben sich dann jedoch auch

(C)

(D)

(Mohr (CDU))

- (A) die Kollegen der SPD-Fraktion im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung unserer Auffassung angeschlossen und damit den geschichtlichen, sachlichen und entfernungs-mäßigen Bedingungen Rechnung getragen. Wir bestätigen dies ausdrücklich als einen Schritt der Vernunft, werden aber gleichzeitig sehr sorgfältig beobachten, welchen Stellenwert der Standort Minden künftig für diese Landesregierung hat. Der Umkehrschluß, daß Minden ohne Anschluß an die Fachhochschule Weser-Lippe eventuell keine Bestandsgarantie mehr hätte, ist für uns nicht hinnehmbar. Die Bemerkung, Frau Ministerin Brunn, daß in Minden bis 1999 zwanzig Professoren aus Altersgründen ausscheiden, vermittelt keine hoffnungsvolle Perspektive.

Auch der Hinweis, daß man keine bewußte oder unbewußte Politik gegen den Standort Minden betreiben will, ist viel zu wenig. Herr Kniola, wenn Sie eben sagten, Sie wollen bei der Entwicklung nicht hinderlich sein, dann ist das auch noch viel zu wenig. Solche Aussagen erzeugen Agonie, aber keinen Fortschritt. Wir erwarten und verlangen eine Politik für den qualifizierten Ausbau dieser Abteilung Minden, die in einem ländlichen Grenzbereich unseres Landes gute Arbeit leistet und erste, zu verstärkende Ansätze im Bereich des Wissenschafts- und Technologietransfers bietet.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Mohr, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wilmbusse?

(B)

(Mohr (CDU): Ja, natürlich.)

Wilmbusse (SPD): Herr Kollege Mohr, kann ich Ihre Ausführungen dahingehend verstehen, daß Sie die Abteilung Minden der Fachhochschule Bielefeld auf Kosten der Fachhochschule Lippe stärken wollen?

Mohr (CDU): Nein, auf keinen Fall. Das habe ich auch nicht gesagt, Herr Wilmbusse.

(Zuruf von der SPD: Was haben Sie denn gesagt?)

Ich habe begrüßt, daß Minden bei Bielefeld bleibt und daß ich von dieser Landesregierung nicht nur Behinderungen erwarte, sondern unter diesen Bedingungen auch einen attraktiven Ausbau für den Standort Minden.

Unter § 2 des Gesetzes über Änderungen im Hochschulbereich finden wir meiner Meinung nach völlig überflüssigerweise immer noch die Streichung von zwei Studiengängen, nämlich Architektur und Bauingenieurwesen, und die Aufhebung des Einschreibungstermins für Höxter.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Mohr, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Rohe? (C)

(Mohr (CDU): Ja, bitte schön, Herr Rohe.)

Rohe (SPD): Herr Kollege, Sie wissen doch, daß immer mehr Studentenrückgang im Bau- und Architekturwesen vorhanden sind. Wenn Sie Lippe nicht schwächen wollen, wollen Sie dann Höxter schwächen?

Mohr (CDU): Ich komme zu dieser Sache öhnehin, Herr Rohe. Ich bin nicht der Meinung, irgendeine Fachhochschule schwächen zu wollen, aber was hier passiert, das werden Sie den nächsten Sätzen deutlich entnehmen. Das ist schon eine Schwächung, und zwar eine rigorose.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Mohr, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Doppmeier?

(Mohr (CDU): Ja, natürlich.)

Doppmeier (CDU): Herr Kollege, stimmen Sie mit mir darin überein, daß die beiden Zwischenfragen der Kollegen Wilmbusse und Rohe lediglich dem Zweck dienen zu kaschieren, daß die Entscheidung der Landesregierung und die offensichtlich sich anbahnende Entscheidung der Mehrheit dieses Hauses die Entwicklungsmöglichkeiten der Region Ost-Westfalen/Lippe schwer beeinträchtigen sollen? (D)

(Lachen bei der SPD)

Mohr (CDU): Herr Doppmeier, ich stimme natürlich mit dieser Aussage überein, obwohl ich es differenziert sehe. Ich glaube, zwischen diesen beiden Herren ist die Auffassung lokal bedingt auch etwas differenziert zu sehen.

(Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte den § 2 insgesamt für überflüssig.

Studiengänge sind nach Artikel 12 WissHG ohne einen Gesetzesbeschluß, eben durch Rechtsverordnung, auflösbar. Der § 2 ist offensichtlich als Rest der ursprünglichen Planung, die Abteilung Höxter der Gesamthochschule Paderborn, Minden der Fachhochschule Lippe zuzuschlagen, anzusehen. Konsequenterweise müßte die Einrichtung des versprochenen neuen Studienganges eigentlich hier ebenfalls im Gesetzestext aufzufinden sein. Ich vermissе das. Während man in anderen Landesteilen in den 70er Jahren

(Mohr (CDU))

- (A) Hochschulen neu errichtete und massiv ausbaute, soll nun hier in einem ohnehin schwach strukturierten Gebiet ein völlig unverhältnismäßig hoher Beitrag zur Straffung oder Konsolidierung des Hochschulbereichs erzwungen werden. Zwei von drei Studiengängen sollen in Höxter verschwinden. In Gesprächen mit Vertretern der Hochschule Paderborn/Höxter wurde zudem auch noch die Baubezogenheit eines neuen Studienganges abgelehnt, obwohl Sie, Frau Ministerin Brunn, in der Fragestunde - ich zitiere - folgendes aussagten:

Es muß sich um einen Studiengang oder eine Vertiefungsrichtung handeln, die in Beziehung zu dem, was dort ist, steht und außerdem die Chance hat, hinreichend Studierende zu finden.

Wenn man an dieser relativ kleinen Einheit zwei von drei Studiengängen schließt, kann man nicht mehr von "scheibchenweiser Auflösung" sprechen, sondern ich halte das schon für rigorosen Abbruch. Zu diesem Widerspruch, Frau Brunn, muß man sagen, daß die Abteilung Höxter trotzdem um die Einrichtung eines solchen Studienganges bemüht ist. Aber sie muß das unter sehr erschwerten Bedingungen tun. Die vorgegebene Ausstattung und die personellen Ressourcen lassen grundsätzlich neue Studiengänge nur in einer gewissen Kontinuität zu. Das wissen Sie, und deshalb ist das Verbot der Baubezogenheit hier völlig unangebracht.

(B)

Die Bedingungen für neue Studiengänge werden auch dadurch verschlechtert, wenn renommierte Hochschullehrer, wie jetzt Professor Kleffner, Höxter in Richtung Berlin oder München verlassen. Das darf bei aller Bereitschaft, Neues zu wagen, nicht übersehen werden, wenn Sie uns kraft Ihrer Mehrheit zur Aufgabe traditioneller Studiengänge in Höxter - einer sehr traditionsreichen Einrichtung - zwingen. Höxters Vorgängerin war immerhin die älteste Bauerschule Preußens und die zweitälteste Deutschlands. Schon gar nicht ist die sofortige Abschaffung der Immatrikulationsmöglichkeiten mit der zeitlichen Wirkung dieses Gesetzes hinnehmbar. Jeder weiß, daß ein noch so interessanter neuer Studiengang eine Anlaufphase braucht. Ein Immatrikulationsloch wäre für Höxter tödlich.

Wir fordern daher einen Übergangszeitraum von mindestens zwei Jahren für die Aufnahme der Studieneinschreibung der bisherigen Studiengänge. Sonst ist die Zeit der Unsicherheit, die Sie eben für Höxter vorbei

wähnten, Frau Ministerin Brunn, nicht vorbei, sondern sie beginnt erst.

(C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ostwestfälische Hochschullandschaft ist vielfältig, wie die Siedlungsstruktur unseres Raumes. Sie wird sich wie in der Vergangenheit als flexibel und anpassungsfähig erweisen. Das wurde ja eben von mehreren Rednern lobend herausgestellt. Dazu benötigen die Hochschulen allerdings Freiräume und vor allen Dingen Planungssicherheit, zumindest langfristige Planungsvorgaben. Nervöse und permanente Bedrängnis, ständiges Recherchieren um Abbau und Einschränkung vernichten positive und kreative Einstellungen und Haltungen. Mit solchen Vernichtungsstrategien breitet sich nicht der Geist aus, der dringend nötig ist, dieses Land zu erneuern. Auch die in der Diskussion um Minden und Höxter auftauchenden Hinweise, daß Niedersachsen über ähnliche Einrichtungen verfüge, rechtfertigt nicht, die Anstalten unseres Landes verkümmern zu lassen. Da sollte sich in einem fairen Wettbewerb zeigen, wer den Studierenden und deren Abnehmern in Wirtschaft, Handel und Verwaltung das bessere Angebot macht.

Es ist doch wohl nicht daran gedacht - obwohl es vielleicht gar nicht schlecht wäre -, Herrn Wissenschaftsminister Dr. Cassens von Niedersachsen oder Herrn Albrecht die Verwaltung von Nordrhein-Westfalen zu übertragen. - Der Hinweis auf fehlende Mittel wäre übrigens glaubwürdiger, wenn man neben den Hochschulen nicht gleichzeitig weitere Institute wie das Institut für Arbeit und Technik oder das Kulturwissenschaftliche Institut finanzierte. Das kostet Millionenbeträge, und die dort geplanten Aktivitäten wären bei den Hochschulen gerade im Interesse der Studenten weitaus besser aufgehoben.

(D)

Wir fordern Bildungsgerechtigkeit auch für Ostwestfalen und insbesondere für die zu entwickelnden ländlichen Räume. Dazu verhilft uns nicht eine restriktive Duldungshaltung gegenüber Bielefeld oder der Musikhochschule Detmold - die dringend neue Instrumente, eine verbesserte Raumausstattung und personelle Verstärkungen beim Studiengang für Tonmeister benötigte - oder der Fachhochschule Lippe oder auch der Gesamthochschule - Universität - Paderborn. Bei letzterer werden wir besonders prüfen und beobachten, ob der durch die Heinz Nixdorf-Stiftung verbesserte Informatik-Bereich nicht durch Rücknahmen der Landesregierung an anderer Stelle kaschiert wird. An eine solche Ent-

(Mohr (CDU))

- (A) wicklung hatte der Stifter Heinz Nixdorf mit Sicherheit nicht gedacht.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir sollten endlich wieder darüber reden, was für die Hochschulen des Landes zu tun ist. Die von der Landesregierung oft verbreitete Vorstellung, es komme zu rigorosen Einbrüchen bei der Studentenschaft, teile ich nicht. Sie können der heutigen Tagespresse entnehmen, daß mit über 1,4 Millionen Studierenden der Drang zum Studium ungebrochen ist. Unsere Jugend wird wohl häufig anders, nicht aber weniger studieren.

Unsere Aufgabe kann es nur sein, die nordrhein-westfälischen Hochschulen durch moderne Ausstattung und hochqualifizierte Wissenschaftler so attraktiv zu gestalten, daß möglichst viele junge Frauen und Männer in allen Bereichen hervorragende und anziehende Ausbildungschancen finden. Hindern Sie die ostwestfälischen Hochschulen nicht daran, dazu einen positiven Beitrag zu leisten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Die Reihe der Wortmeldungen ist jetzt beendet. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

(B)

Zunächst haben wir über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/2984 abzustimmen. Ich weise noch einmal darauf hin, daß nach der Erklärung des Herrn Abg. Kniola die beiden letzten Sätze der Drucksache zu Artikel IV ff. gestrichen werden. - Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt, die Hand zu heben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag in dieser Fassung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen worden.

Nunmehr müssen wir über den gesamten Gesetzentwurf abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung Drucksache 10/2954 unter Berücksichtigung des soeben angenommenen Änderungsantrags Drucksache 10/2984 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dieser Fassung angenommen worden, und zwar in zweiter Lesung.

Die CDU-Fraktion hat beantragt, gemäß § 81 Abs. 1 GeschO eine dritte Lesung zu dem

- (C) vorgenannten Gesetzentwurf zu vollziehen. Im Hinblick auf die betreffende Vorschrift in der Geschäftsordnung ist diesem Antrag so zu entsprechen. Es wird also eine dritte Lesung stattfinden.

Die F.D.P.-Fraktion hat beantragt, zur Vorbereitung der dritten Lesung den Gesetzentwurf gemäß § 81 unserer Geschäftsordnung zur weiterer Beratung an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

(Oh-Rufe von F.D.P. und CDU - Hardt (CDU): "Mehr Demokratie wagen!" hat Herr Rau gesagt!)

Es liegt ein Antrag der Fraktion der SPD auf Änderung der Tagesordnung der 74. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am Freitag, dem 11. März 1988 vor. Darin hat die SPD-Fraktion beantragt, die Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung Drucksache 10/2599 - Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich - in der Fassung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung Drucksache 10/2954 in dritter Lesung als Punkt 1 der Tagesordnung am Freitag zu beraten. Wer diesem Antrag auf Änderung der Tagesordnung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dies ist einstimmig so beschlossen. Übermorgen wird demnach dieser Gesetzentwurf als Punkt 1 beraten.

(D)

Ich rufe nunmehr Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Studentenwerke im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2733

Beschlußempfehlung und Bericht des
Ausschusses für Wissenschaft und
Forschung
Drucksache 10/2955
zweite Lesung

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung des Fachausschusses und eröffne die Beratung. Wer wünscht das Wort? - Zunächst Herr Kollege Schultheis von der Fraktion der SPD. - Bitte, Sie haben das Wort!

Schultheis (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beratung